

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 2,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetrag. in der Post-Setzungs-
 Liste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren:
 Beträgt für die sechs Spalten Kolonette
 jeite ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 von 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 15. August 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Telegramm der Empörung.

Wie auch die Zeitungen der verschiedenen Parteien sich zu dem kaiserlichen Telegramm der Entrüstung und Empörung stellen mögen, keine hegt so schöne Undankbarkeit, zu verkennen, daß der kaiserliche Depeschensender jedenfalls dafür Sorge trug, daß in diesen stillen Tagen, nachdem selbst die Zollkommission ihre verdiente Ruhefrist gefunden, doch einiger Kulak verblieb, die Lesewelt anziehend zu unterhalten. Wenn es mit den Aufgaben der Monarchie verbunden ist, der Öffentlichkeit wie den privaten Zusammenkünften reichlichen Unterhaltungsstoff zu bieten, so hat das Telegramm an den Prinzregenten von Bayern sicherlich schon jetzt bedeutenden Erfolg gezeitigt. Anders ist es mit etwaigen politischen Wirkungen des kaiserlichen Telegrammiers. Die Presse befaßt sich höchst eifrig mit dem Telegramm, doch so mannigfaltig sie daselbe auslegt, so vermögen doch nur vereinzelte Blätter die Hoffnung zu vertreten, als würde das Telegramm irgendwelche ernsthafte politische Wandlungen in der Stellung des kaiserlichen Entrüstung und Empörung verfallenen Centrums herbeiführen.

Unter den Gegnern des Centrums bilden die Nationalliberalen den Chorus der Jubelnden. Die Nationalliberalen, deren einstige Macht im gleichen Maße verging als die Centrumsmacht emporkam, sind die einzigen, die uneingeschränkten Beifall spenden. Voran die Münchner „Allgemeine Zeitung“, das Blatt der am schwersten vom Centrumsdruck befallenen bairischen Nationalliberalen, ergeht sich diese Presse in verzückten Huldigungen an den Kaiser. Diese Nationalliberalen vergessen in der Freude, daß ihr politischer Gegner getroffen werden sollte, alle die Bedenken, die gerade Liberale Leute gegen die unverantwortliche, d. h. von keinem Minister gegenzeichnete persönliche Einmischung des Reichsoberhauptes in die parlamentarischen Angelegenheiten eines Bundesstaates aufwerfen müßten. Die „Tägliche Rundschau“ erreicht wohl die Höhe des byzantinischen Jubels, indem sie das Telegramm als einen „Schuß in die Centrumsherde“ feiert, die nun arg toben werde, und indem sie weiter das Telegramm als einen „Reißentrieb für das bairische Centrum“ kennzeichnet. Wir werden bald sehen, daß das Centrum keineswegs zu argem Toben Anlaß zu haben meint.

Die konservativen Blätter bleiben zumeist weit zurückhaltender als die nationalliberalen; die „Kreuz-Zeitung“ verzichtet auf jede eigne Besprechung. Die „Deutsche Tageszeitung“, noch bewegt vom überglühenden Verdruss, unternimmt sogar eine keineswegs „unentwegt monarchische“ Kritik des Telegramms, indem sie sagt:

„Die Depesche Sr. Majestät des Kaisers wird nicht verfehlen, starkes Aufsehen zu erregen und in den Kreisen des bairischen Centrums tiefe Mißstimmung zu erzeugen. Sie trägt das Gepräge impulsiver, rein persönlicher Empfindung so stark und deutlich, daß es fraglich erscheinen kann, ob ihre Veröffentlichung geboten und zweckmäßig gewesen sei... Wir fürchten, daß die Preherörterungen, die der Veröffentlichung des Depeschenswechsels folgen dürften, wiederum bewiesen werden, wie notwendig es sei, daß die Verionen der Monarchen möglichst fern von den kleinen politischen Tageskämpfen bleiben.“

Dies Verhalten der Konservativen ist leicht zu verstehen. Sie müssen fürchten, daß sie selbst leicht einmal vom Baumstrahl der kaiserlichen Entrüstung und Empörung angeweht werden dürften, wenn sie durch beharrliche Ueberdulderei die Vorlagen der kaiserlichen Regierung gefährden oder die Kanalvorlage wiederum verweigern würden. Vielleicht wundern sich die Konservativen sehr mit uns, daß das bairische Centrum ob einer verhältnismäßig doch unbedeutenden Angelegenheit so schwer läßen muß, während der preussische König die langjährige Verschleppung und wiederholte Verweigerung eines großen Kulturwerks durch seine eignen preussischen Konservativen nicht in entrüsteten und empörten Depeschen gebrandmarkt hat.

Das Centrum tobt nicht gar arg. Die „Germania“ verzichtet auf jede heftige Polemik und läßt sich daran genügen, als Antwort auf das Telegramm den bairischen Unwillen über das Eingreifen Wilhelm II. in bairische Dinge anzukündigen. Sie schreibt:

„Es ist uns kein Fall in Erinnerung, in welchem seit dem Westehen des Deutschen Reiches ein ähnliches Eingreifen des Trägers der höchsten Gewalt im Reiche in die innerpolitischen Verhältnisse eines Bundesstaates stattgefunden hätte. Wie wir unsre Bayern kennen, wird die „schöne Undankbarkeit“, welche der Kaiser der Mehrheit des bairischen Abgeordnetenhauses „mit tiefer Entrüstung“ vorwirft, im Bayernlande und Volke ein mächtiges Echo wecken. Es kann bei den vielen in Süddeutschland, besonders in Bayern gegen Preußen herrschenden Gefühlen nicht ausbleiben, daß dabei wenig angenehme Worte gegen den Kaiser fallen. Und aus diesem Grunde bedauern wir sowohl mit Rücksicht auf den Träger der Kaiser Gewalt, als auch im Interesse des Reiches die scharfe Kritik Wilhelm II.“

Noch ist das Wort vom „polnischen Uebermut“, das der Kaiser in Marienburg gesprochen, nicht verklungen und nun kommt dazu der Vorwurf der „schönen Undankbarkeit“ gegen die Mehrheit des bairischen Abgeordnetenhauses, welche in Aufhebung ihrer parlamentarischen Rechte 100 000 Mk. für Kunstwerke abzurufen hat und gewiß nicht beabsichtigt, dadurch den Prinzregenten persönlich zu verlegen.“

Gewiß ist dem Centrum die Sache recht peinlich. Denn seitdem es regierende Partei auch im Reiche ist, legt es besonderen Wert auf ein gutes Verhältnis zum Reichsoberhaupt, das ja auch die entscheidende Stelle für die von den Centrumsleuten gierig ersehnten Ämter und Würden in Preußen und im Reiche ist. Das Centrum braucht den Kaiser und darum wird es seinen Groß-

über die ihm widerfahrene Behandlung in Auger Zurückhaltung händigen, es wird sich mit einem Anstandsprotest begnügen und bald zu neuem Frieden mit dem höchsten Herrn zu gelangen verstehen. Und in diesem Streben braucht das Centrum sich nicht einmal erheblicher Unverschämtheit zu befleißigen, da es sich sagen darf, daß tatsächlich die kaiserliche Entrüstung und Empörung lediglich in einem verhängnisvollen Irrtum des Kaisers ihren Ursprung hat. Wie sollte denn der Kaiser bei abermaliger und beruhigter Ueberlegung derjenigen Partei ernstlich zürnen, die sich mit hitzigster Begeisterung für die vom Kaiser angeregte und von der Regierung geforderte lex Heinze in die Schangen warf, die auch durch die Ablehnung der bairischen Forderungen für die moderne Kunst gerade die klassischen Kunstideale des Kaisers zu schützen und zu stützen glauben durfte. Es ist ein tragikomisches Geschick des Centrums, daß es just im treuesten Dienste für kaiserliche Anschauungen den kaiserlichen Zorn auf sich ziehen mußte. Im Gefühl seiner Unschuld wird das fromme und monarchische Centrum eine schnelle Ausöhnung mit dem Kaiser herbeiführen. Wenn etwa demnächst ein Graf Pallestrem seine hervorragende Fähigkeit zur Verherrlichung des Kaisers neu beweist, so wird der kaiserliche Zorn bald dahinschmelzen.

Größere politische Wirkungen kann also das Telegramm der Empörung nicht erzielen. Es teilt das Schicksal einiger früherer Aeußerungen des Kaisers, die gleichfalls zunächst die öffentliche Erregung anzuweckten. Haben doch — um nur an eines in Frage zu erinnern — die kriegerischen Worte, die der Kaiser den ansahrenden Chinasoldaten auf den Weg gab, nicht gehindert, daß später die höchste Reichsbehörde die China-Armee in Entrüstung dagegen verwarf, als habe sie eine entsprechend strenge Kriegsführung wirklich verübt.

Das Centrum ist die Partei der Finsternis und der Verknechtung der Geister. Wäre die zentrumsfeindliche Stimmung des kaiserlichen Telegramms nicht das Ergebnis des eiligen Augenblicks und plötzlichen Annahs, könnte solche Stimmung sich zu fester und entschlossener Regierungsmaxime in Deutschland verdrängen — so würden wir ein Ereignis von größter politischer Tragweite erleben. Aber bald wird auch die empörte Verklammerung von neuen Stimmungen fortgeschwemmt sein und das Centrum und die herrschenden Mächte sind immer dem je zum Vunde der Weltverdunkelung vereint. Uebrig bleiben von dieser Episode wird allein im Bewußtsein des Volkes hier die Tatsache der schmählichen Kunst- und Wissenschaftsfeindschaft des Centrums und dort die Tatsache des persönlichen Regiments im konstitutionellen und „liberalen“ Deutschland.

Der „Reichs-Anzeiger“ scheint eine ungehörig geringe Meinung von der Bedeutung des Telegrammwechsels zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten zu haben. Er bringt die Telegramme nicht nur nicht in seinem amtlichen Teile, sondern selbst nicht im nichtamtlichen Teile. Für das offizielle Organ der obersten Reichsbehörde giltiert die Angelegenheit bisher nicht!

Ist vielleicht der „Reichs-Anzeiger“ der Ansicht, daß nur eine bayerische Specialangelegenheit vorliege, die das Reich nichts kümmern? Oder wollen die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers vorbeugen, daß der Telegramm-Austausch, gemäß der bekannten Prognis des Reichstags-Präsidenten, nicht im Reichstage zur Besprechung gelangen kann? —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. August.

Regierung und Volksparteien.

„Züngst kündigte die konservativ „Schlesische Zeitung“ an, daß eine Einigung zwischen der Regierung und den Volksparteien durch beiderseitiges Nachgeben zu erwarten sei. Jetzt will das Blatt zuverlässig wissen, daß eine Kompromißpolitik der Regierung ausgeschlossen sei; es schreibt:

„Die verbündeten Regierungen halten noch wie vor an ihrem Widerspruch gegen die in Frage stehenden Beschlüsse entschieden fest, sie wollen nicht einmal von der Annahme der erhöhten Mindestzölle auf Getreide etwas wissen, geschweige von der Ausdehnung des Doppelzollsystems auf Vieh- und Fleischzölle, zumal in der von der Kommission beschlossenen Höhe, ebenso wenig von der Erhöhung des Quebrachzollses, die als zum Ruin der deutschen Lederindustrie führend betrachtet wird. Auch eine Wiederheraussetzung der Garuzölle wird als unbedingt nötig bezeichnet, und vor allem halten die Regierungen ferner daran fest, über die Inkraftsetzung des neuen Tarifs nach ihrem Ermessen zu beschließen, abgesehen von der Kompetenzfrage, besonders auch deswegen, um nicht bezüglich des Abschlusses neuer Handelsverträge in eine Zwangslage zu geraten.“

Die „Schles. Ztg.“ giebt ihren Parteigenossen den Rat, sich der Regierung löblich zu unterwerfen.

Gegenüber solchen Ankündigungen hat das Belirner „Deutschen Tagesztg.“, der selbst die Ueberzollbeschlüsse der Kommission noch ungenügend und unannehmbar sind, keine größere Bedeutung. —

Orden — „Kinderspielzeug“.

Der satanische Anschlag der „Unstüzler“ auf die Steuerfreiheit der Orden, die sie mit dem Kinderspielzeug auf eine Stufe zu stellen sich erdreisteten, hat alle befehdungs- und beforwortungsfähigen Patrioten in angenehme Aufregung versetzt. Unerhört — Orden und Rärnberger Land in einem Atem zu nennen!

Und doch haben unter ganz ernsthaften Menschen schon ganz ernsthafte Unterhaltungen über die Verwandtschaft von Orden und Spielzeug stattgefunden.

Als Napoleon, der erste Konsul, Anno 1797 aus dem italienischen Feldzuge heimgekehrt war, glaubte er unter seinen Truppen die Sehnsucht nach äußeren Auszeichnungen bemerkt zu haben. Er war durchaus nicht abgeneigt, diesem Verlangen entgegenzukommen.

„Göyendienst, Eitelkeit, mag sein! Aber diese Eitelkeit, dieser Göyendienst sind Schwächen, die jedem menschlichen Geschlechte eigen sind, und aus der einen wie der andern kann man große Tugenden hervorgehen lassen.“

So beschwichtigte der kleine Korke, dem wohl damals schon die Kaiserkrone vorschwebte, die republikanischen Prinzipienreiter.

Einige Jahre später brachte ihn der Anblick der besternten und behänderten fremden Vorkämpfer auf dasselbe Thema. Er fragte den Museumsdirektor Denon, ob er nicht auch den Eindruck der Ordenspracht bemerkt habe. Dieser pflichtete ihm bei.

„Da steht man den Künstler, warf der Inspektor der polytechnischen Schule, Monge, ein; diese Kreuze, diese Sterne, diese Bänder sind Klittertrara, wahres Kinderspielzeug!“

„Kinderspielzeug soviel, soviel Ihr wollt, wenn man sie aber liebt?“ antwortete Napoleon.

Obwohl er dafür allerlei ironische Bemerkungen erntete, brachte er doch bald darauf im Staatsrate den Plan der Errichtung der Ehrenlegion aufs Tapet. Als ein Redner meinte, der Orden werde zur Aristokratie, zur Monarchie zurückzuführen, entgegnete Napoleon:

„Man zeige mir eine neuere oder alte Republik, in der es keine Unterschiede gegeben hat! Man neme es Kinderspielzeug, aber mit Kinderspielzeug leitet man Menschen!...“

Das war vor hundert Jahren. Die „Gutgesinnten“ von heute nehmen auch keinen Anstoß an diesem Vorkommnisse. Im „Dahleim“, dem gesinnungstüchtigsten aller Familien- und Pastorenblätter, erzählt Oberstlieutenant W. v. Bremen das Faktum, ohne eine Wiener zu verziehen. (Nr. 33 vom 17. 5. 02.)

Wehe aber, dreimal wehe, wenn ein Angehöriger der roten Kotte sich herausnimmt, zu denken, wie der selige Ronge Anno 1802. Dann gehen die Posadowski, Arendt, Retti, Paasche hoch wie Ruchenteig! —

Gegen die agrarische Aushungerung der Massen.

die der neue Zolltarif bringen soll, kann keine fürchtbarere Anklage erhoben werden, als durch mehrere augenblicklich vorliegende Dokumente, die beweisen, wach unerhörten, die Volksgesundheit untergrabenden Grad schon jetzt die agrarische Volksausplünderung angenommen hat.

Bekanntlich ist durch das Fleischbeschau-Gesetz die Einführung des Wüchsenfleisches verboten worden. Und zwar mußten natürlich die angelich hygienischen Besorgnisse um die Gesundheit der Bevölkerung die Versteuerung des inländischen Fleisches zu Gunsten der Großgrundbesitzer bemänteln. Das amerikanische Wüchsenfleisch war ein ebenso beliebtes, wie gesundes und relativ wohlfeiles Nahrungsmittel gerade der minderbemittelten Klasse. Was das Einfuhrverbot des Wüchsenfleisches bedeutet, erhellt aus dem Jahresbericht des Vereins Hamburger Meeder, in dem es heißt:

„Bei den Erweiterungen der Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschau-Gesetz war von gewissen Kreisen in Anregung gebracht worden, die Einfuhrverbote für Wüchsenfleisch z. z. auf die Freihafengebiete auszudehnen, um auch den Passagieren und Mannschaften der in den deutschen Freihäfen ein- und auslaufenden Schiffe den vermeintlichen sanitären Schutz zu teil werden zu lassen. Wir haben in gegebener Veranlassung uns dahin geäußert, daß dieser sanitäre Schutz nicht erforderlich sei, weil sich irgend welche nachteilige Folgen von dem Genuße der in großem Umfange verwendeten ausländischen Fleischwaren, einschließlich des Wüchsenfleisches, nicht bemerkbar gemacht hätten. Im Gegenteil habe die Einführung des Wüchsenfleisches eine wesentliche Verbesserung der Verpflegungsverhältnisse an Bord bewirkt. In Deutschland sei Wüchsenfleisch in den erforderlichen Mengen überhaupt nicht zu haben, es sei erheblich (bis zu 140 Proz.) teurer als das amerikanische und australische, und stehe nach den gemachten Erfahrungen an Haltbarkeit hinter dem fremden zurück. Würde man die Verproviantierung der Schiffe mit ausländischen Fleischwaren in deutschen Häfen unmöglich machen, so würde man nur erreichen, daß sich die Schiffe im Auslande verproviantieren.“

Die Meeder vermögen der Schädigung durch das Einfuhrverbot durch Verproviantierung im Auslande zu entgehen; das deutsche Proletariat hingegen mag sich, wenn es ebenso wohlfeiles Fleisch essen will, an den Lendenbraten Lebensmüder Droßkengäule delektieren! Dies Fleisch ist ja auch gesünder!

Aber die Fleisch-einfuhr-Verbote und Vieh-sperren beginnen eine noch immer intensivere Wirkung auszuüben, sie treiben die ohnehin unerhörlichen Preise immer noch mehr in die Höhe. Das beweist folgende Bekanntmachung der Fleischer-Zinnung zu Essen:

Zur öffentlichen Kenntnisnahme!

Infolge der nun schon seit zwei Jahren anhaltenden, noch fortgesetzt steigenden Schweinepreise, sowie auch wegen des außerordentlich hohen und allem Anschein nach noch nicht auf dem Höhepunkte angelangten Rindviehpreises sehen sich die hiesigen Metzgermeister gezwungen, die Preise für Fleisch und Wurstwaren zu erhöhen.

Um der irrigen Meinung des Publikums, als seien die Metzger schuld an diesem Preisanschlag, von vornherein entgegenzutreten, erklärt die unterzeichnete Zinnung, daß diese Preissteigerung eine Folge der Knappheit des Schlachtviehes ist, welche durch die gänzliche Absperrung der deutschen Grenzen gegen die über einen viel größeren Viehreichthum verfügenden Nachbarstaaten hervorgerufen ist; denn, wie die Erfahrung beweist, ist die deutsche Landwirtschaft nicht im Stande — trotz gegenwärtiger Behauptung —, den Bedarf an Schlachtvieh für das Deutsche Reich zu decken, und es ist auf eine Aenderung nicht eher zu rechnen, bis die Grenzen gegen Essen geöffnet sind.

Die Fleischer-Zinnung Essen.

Die Fleischer-Zimmungen anderer Städte werden zweifellos der Essener Zimung folgen und ebenfalls die Preise erhöhen. Die Folge der künstlichen agrarischen Anshungerung der Bevölkerung wird dann wohl allgemein eine ähnliche sein, wie sie sich jetzt in Posen bemerkbar macht. Der „Dziennik Poznanski“ schreibt:

„Aus ärztlichen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß in der Stadt Posen eine Cholera-Epidemie ausgebrochen ist. Bis jetzt wurden etwa vierhundert Fälle festgestellt, hauptsächlich in der Altstadt auf dem Alten Markt, Bronleschstraße und in den benachbarten Straßen des Alten Marktes. Es werden von der Krankheit Kinder wie auch erwachsene Personen befallen.“

Und der „Volks-Zeitung“ wird über die Ursache dieser Epidemie aus Posen gemeldet:

„Infolge der seit einigen Wochen hier eingetretenen hochgradigen Teuerung vermögen sich die ärmeren Klassen überhaupt nicht mehr zureichend zu ernähren und müssen vielfach zu gesundheitswidrigen Nahrungsmitteln greifen. Ueber die beispiellose Teuerung, die hier in Posen herrscht, bringen zwar fast sämtliche hiesige deutschen und polnischen Blätter lange Artikel, aber bis jetzt hört man nichts von einem durchsichtigen notwendigen Eingreifen der Behörden. Tausende von Menschen nähren sich hier nur noch von Kartoffeln und Eichorienbrühe, wozu im günstigen Falle ein Stück Brot kommt.“

In der That, wenn die Vorkriegs-Pläne der agrarischen und großindustriellen Reichstagsmehrheit im Zolltarif Gestalt annehmen, ja, wenn nur die Regierungsvorlage durchgeht, wird es bald auch in anderen Städten zu Epidemien kommen, die auf die Unterernährung und den Gebrauch gesundheitswidriger Nahrungsmittel zurückzuführen sind. Die Lebensmittelpreise steigen, die Reife drückt je länger je mehr die Lagen Löhne herab, und das Bucherlartell arbeitet mit allen Kräfte und Mäulen an dem Zustandekommen neuer ungeheuerlicher Rehebelosung der darbenenden Massen! —

Zum Fall Vöhring. Jeder neue Tag, an dem die preussische Regierung zum Falle Vöhring schweigt, gibt neues Zeugnis ihrer grenzenlosen Naivität und steigert ihre grenzenlose Blamage. Derweilen aber die Regierung also an ihrer Blödsinnigkeit arbeitet gehen immer neue, unbeglaubigte und meist unwahrscheinliche Gerüchte über die Angelegenheit umher. Zu der früheren Mitteilung, daß der Oberpräsident v. Winter das Opfer der Rheinbabenischen Missethat sein soll, erzählt jetzt die „Adriatische Volkszeitung“: „In Posen sei schon vor einigen Wochen das Gerücht im Umlauf, daß Herr v. Winter die längste Zeit Oberpräsident gewesen sei. In polnischen Kreisen werde erzählt, als der Oberpräsident das letzte Mal vom Kaiser in Audienz empfangen wurde, habe der Kaiser zu ihm gesagt: „Aber wie konnten Sie zulassen, daß die Verhältnisse in Posen einen solchen Charakter annahmen und die Gegenstände sich so zuspitzten?“ Dies alles erscheint gänzlich unglaubwürdig. Der Kaiser kann unmöglich der einzelnen Person des Oberpräsidenten die Schuld an einem Zustand belagern haben, der vielmehr fast ausschließlich die Schuld der preussischen Regierung und ihrer gewaltigen Anti-Polenpolitik ist.“

Skandalöse Hebergriffe der Sittenpolizei

wurden am 12. Juli durch das Kieler Schöffengericht festgestellt. Ein Kieler Blatt hatte zwei Fälle scharf kritisiert, in denen Beamte der Sittenpolizei zu Unrecht weibliche Personen festgenommen, 24 Stunden lang interniert und trotz Protestes durch den Polizeirat hatten untersuchen lassen. Aus dem Urteil des Gerichts sind folgende Stellen bemerkenswert:

„Es handelt sich in dieser Anklagesache um zwei verschiedene Angelegenheiten. Im ersten Falle ist das Gericht dem Zeugnis der Frau Lorenz gefolgt. Sie hat den Schuhmann Wätcher um Schutz gebeten, weil sie schon von verschiedenen Herren belästigt war. Sie geriet dann irrlich in ein öffentliches Haus und der Schuhmann hatte die Vermutung, daß er eine Dirne vor sich habe. Die Frau hat eiblich ausgesagt, daß sie dem Schuhmann gleich ihre richtige Wohnung genannt und ihm auch ihren Hausbüchseninhalt gezeigt habe. Der Schuhmann hatte absolut keinen Anlaß, sie für eine Dirne zu halten. Wie sollte überhaupt eine Dirne, die doch in der Straße bekannt gewesen wäre, dazu gekommen sein, den Schuhmann um Schutz vor Herren zu bitten? Er durfte die Frau also nicht verhaften. Auf der Wache ereignete sich sodann das weitere Mäheur, daß die Wohnung nicht festgestellt werden konnte. Es war dies nun eine Verfehlung, die mit Recht gerügt wurde; es lag offenkundig eine Freiheitsberaubung vor. Im zweiten Falle war der Polizeibeamte nicht richtig instruiert. Im Gegensatz zu dem Kriminalkommissar Kleinschmidt hat der Herr Polizeipräsident gesagt, daß beim Verdacht der Unzucht in Betracht zu ziehen ist, ob die betreffenden der Unzucht verdächtigen Personen auch tatsächlich Geld genommen haben. Nach dieser Bestimmung haben sich die untergeordneten Polizei-Organen nicht gerichtet. Statt dessen haben die untergeordneten Organe sich durchaus nicht in angemessener Weise benommen. Subjektiv war der Schuhmann nur insofern im Recht, als er falsch instruiert war. Es muß gewerksmäßige Unzucht vorliegen, wonach sich der Schuhmann instruktionsgemäß zu richten hat. Nach der Ansicht des Chefs der Polizei soll dies auch geschehen, aber die untergeordneten Organe haben es unterlassen und folglich einen Mißgriff begangen. Die untergeordneten Polizei-Organen haben sich somit einen Mißgriff zu Schulden kommen lassen, der noch eine weit schärfere Behandlung verdient hätte.“

Wie der Vorsitzende des Schöffengerichts feststellte, hatten die Unterbeamten nicht etwa nur fahrlässig, sondern auf Grund einer ihnen von dem Kriminalkommissar Kleinschmidt gegebenen falschen Instruktion gehandelt! Und diese Instruktion hatte besagter Kleinschmidt gegeben, trotzdem, wie der Kieler Polizeipräsident v. Puttkamer erklärte, wiederholt vom Minister die Mahnung ergangen sei, recht vorsichtig umzugehen und lieber eine schuldige Person laufen zu lassen, als eine unschuldige zu verhaften. Diese Ermahnungen hat Herr v. Puttkamer zweifellos an Herrn Kleinschmidt weitergegeben, der sich aber darum den Zenselscherte. Kläglich war die Antwort, die dieser eifrige Sittenkommissarius auf die Frage des Vorsitzenden, ob er denn auch Mädchen verfolgen lasse, die sich ihre Hingabe nicht bezahlen lassen. „Das wird später festgestellt“, erklärte der Herr Kleinschmidt versteht schon seit 30 Jahren seinen Dienst in der Sittenpolizei — wie viele Personen wohl früher schon seinen falschen Instruktionen zum Opfer gefallen sein mögen?!

Auch die als Jüngere eiblich vernommenen Schenkulte spielen eine eigenartige Rolle. Der Verteidiger des angeklagten Blattes gestellte, ohne dem Widerspruch des Anklägers zu begegnen, ihr Verhalten folgendermaßen:

„Wir haben es heute wieder einmal erlebt, daß die Schenkulte erst wiederholt und dringend vom Vorsitzenden ermahnt werden mußten, bevor sie die Wahrheit sagen. Erst nach ganz eindringlicher Warnung vor dem Vernein haben die Beamtinnen schließlich bequemt, ihre anderen Zeugenaussagen widersprechenden Behauptungen einzuziehen.“

Und auch der Gerichtschef folgte in seinem Urteil ja nicht den beschworenen Aussagen der Schenkulte! —

Koloniale. Aus Neu-Pommern kommen Nachrichten von einem bedrohlichen Umschwung des Schwarzwasserfiebers. Der kaiserliche Vizegouverneur Dr. Gahl hat im Mai das Schutzgebiet verlassen. Während Malaria und schließlich Schwarzwasserfieber haben ihm das weitere Verbleiben

unmöglich gemacht. Der kaiserliche Bezirksrichter Assessor Wolff führte die Geschäfte des Gouvernements bis zur Ankunft des Assessors Dr. Sance von Samoa. Von Neu-Guinea trifft die Nachricht ein, daß der dortige kaiserliche Richter Assessor Studhardt infolge von Schwarzwasserfieber im Sterben liege, während Stabsarzt Dr. Dempsch, der im Auftrage des Geheimrats Koch in der Kolonie die Untersuchungen über Malaria fortsetzt, soeben an Schwarzwasserfieber erkrankte. Bei der katholischen Mission starb am 16. April eine Missionschwester am selben Hebel. Mehrere andre Fälle, die jedoch nicht tödlich verlaufen, sind in der letzten Zeit vorgekommen. Das Schwarzwasserfieber scheint immer häufiger aufzutreten.

Das sind ja recht erbanliche Nachrichten! — Ueber das Hinterland von Kamerun, das jüngst durch die Expedition der Leutenants Kramer und Dominik „erschlossen“ worden ist, liegen ebenfalls nicht weniger als rosigte Nachrichten vor. Oberleutnant Dominik hat bereits auf Grund seiner Beobachtungen über diesen Teil Kameruns sein Urteil dahin abgegeben, daß für den Handel keine guten Aussichten vorhanden seien. Uebereinstimmend mit dem französischen Oberkommissar Gentil ist er der Ansicht, die Tripolitane hätten im Centrum und westlichen Sudan den Handel so gänzlich in den Händen, daß Fremde nur schwer und unter der Gefahr, Unruhen zu erregen, dabei festen Fuß fassen könnten. Nichtsdestoweniger darf man sich darauf gefaßt machen, daß demnächst für die durch die militärische Befugung des Kameruner Hinterlandes notwendig werdende Verstärkung der Kameruner Schutztruppe erhöhte Positionen in den Kolonialetat eingestellt werden! —

Stebensundstiebig Mißhandlungen aus „dienstlichem Ueber-eifer“. Vor dem Kriegsgericht in Frankfurt a. M. hatte sich der Unteroffizier Georg Jäck von der 12. Compagnie des 87. Infanterie-Regiments in Mainz wegen Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten. Der Angeklagte, dem von seinen Vorgesetzten das Zeugnis einer sehr guten Führung erteilt wird, pflegte die ihm unterstellten Soldaten, wie die Beweisaufnahme ergab, bei geringen Verfehlen auf die Wade zu schlagen, am Ohr zu ziehen, ja sogar mit dem Gewehr oder Seitengewehr zu stoßen. Ein Soldat erhielt von ihm einen Fußtritt, ein anderer Schläge mit einem Gummifisch aus dem Genick, doch wagte keiner der Untergebenen, den Vorgesetzten wegen dieser Mißhandlungen zur Anzeige zu bringen. Erst ein Befreiter, den der Unteroffizier „Schappes Ueber“ genannt hatte, erstattete von den Vorgängen in der Korporalschaft Meldung. Die eingehende Untersuchung ergab dann die Feststellung von siebenundstiebig Fällen von Mißhandlung. Zu der Gerichtsverhandlung waren über dreißig Soldaten als Zeugen geladen, durch deren Aussagen alle siebenundstiebig Fälle erwiesen wurden. Der Vertreter der Anklage beantragte deshalb eine Strafe von vier Monaten Gefängnis und Degradation. Der Gerichtshof war aber der Meinung, daß der Angeklagte kein Soldatenschänder sei, sondern nur „in dienstlichem Ueber-eifer“ gefehlt habe. Er sah die festgestellten 77 Fälle mit Ausnahme von zweien als „milderer“ an, sprach daher nicht die Degradation aus und erkannte auf eine Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis, wovon noch ein Monat auf die Untersuchungshaft abgezogen wurde. —

Ein China-Krieg. Der ehemalige China-Kämpfer Max Frenzel, der den Tod seines eigenen Vaters durch Fuß-tritte herbeigeführt hat, wurde vom Landgericht Bayreuth zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das außerordentlich milde Urteil erscheint unverständlich.

Wir haben den Fall bereits nach Mitteilungen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und auf Grund von Angaben der Augenzeugen des Vorfalls behandelt und dabei auch erwähnt, daß Frenzel die rohe, mörderische That mit den Worten begleitete: „Ich will Dir's zeigen, wie wir's in China gemacht haben.“

Vom neuen badischen Kulturkampf.

Aus Baden wird uns vom 13. August geschrieben: Das völlige Schweigen der Regierung über ihre Absichten in der Frage der Zulassung von Männerklöstern hat das Gerücht gezeitigt, der neuernannte Kultusminister v. Dösch, der nach seiner Erklärung in der Zweiten Kammer der Einführung von Klöstern „eine Ruance freundlicher gefimmt“ ist als sein Vorgänger Volk, trage sich ernstlich mit dem Gedanken des Rücktritts von seinem Posten. Diesem Gerücht tritt die Regierung jetzt in einer offiziellen Auslassung entgegen, derzufolge in der Klosterfrage sich noch alles „in der Schwebe“ befinde. Die Regierung wolle weder nach der einen, noch nach der andern Seite hin einen Entschluß fassen, sondern alle in Betracht kommenden Fragen der reichsrechtlichen Erwägung unterziehen, sobald nach der Erholungs- und Urlaubszeit der Gang der Staatsgeschäfte erst wieder ein lebhafteres Tempo annehme. Die Erwägungen und Fortschritte im Schoße des Gesamtministeriums würden sich keineswegs so kurz gestalten, wie man annehmen möchte, da die Regierung beabsichtige, vor der Entscheidung in der Klosterfrage die bei der Niederlassung von Männerorden gegebenenfalls in Frage kommenden Gemeinden und wohl auch die Bezirke-räte zu Rate zu ziehen; nur falls von dieser Seite weder eine Verschärfung der konfessionellen Gegensätze noch eine bedeutliche wirtschaftliche Verschärfung befürchtet werde, sei an ein Entgegenkommen der Regierung gegenüber den kirchlichen Wünschen zu denken.

Ansres Erachtens kann vom Rücktritt des derzeitigen Ministeriums und seiner Ersetzung durch ein liberales Parteiministerium unter den gegebenen Verhältnissen keine Rede sein. Die Regierung würde sich durch einen derartigen Schritt in direkten Gegensatz zur Volksvertretung in der Zweiten Kammer setzen, in der die liberalen „Kloster-schärmer“ entschieden in der Minderheit sind. Zudem befindet sich die im Lande einst so mächtige nationalliberale Partei augenblicklich im Zustande einer derartigen Zerfahrenheit, daß ein liberales Ministerium in ihr auch nicht die geringste zuverlässige Stütze finden könnte. Diese zwar bittere, nichtsdestoweniger aber in den Verhältnissen begründete Wahrheit führt heute auch der nationalliberale Mann-bei-mer Generalanzeiger, das Sprachrohr des Reichstags-Abgeordneten Wasserfmann, seinen Bestimmungsgenossen zu Gemüte, indem er ihnen die Frage vorlegt:

„So, haben denn die Minister, denen in der Kammer bis zum allerletzten Tage ein so herzliches Wohlwollen entgegengebracht wurde, nicht einigen Anlaß, erkaunt zu sein, daß ihnen nun doch noch so grundsätzliche Opposition gemacht werden soll, und zwar gleich vom allerhöchsten Kaliber? Können sie nicht denken, die sie der schwärzesten Reaktion und des trostlosesten Alerikalismus bezichtigen, mit einigem Recht erwidern: „Ihr wollt, daß wir hier in untrer Reichsede den Kampf gegen das Centrum fortsetzen, auf eigene Faust und im Gegensatz zur Reichspolitik! Schön, aber dann schafft uns doch erst einmal eine feste antiliberale Kammermehrheit! Denn wir Minister sind nicht dazu da, parteipolitische Steden-perde zu reiten, sondern das badische Land zu regieren. Dazu brauchen wir aber die Kammer, in der ihr leider nicht mehr die Mehrheit habt.“

Das Blatt wendet sich dann gegen das Bestreben eines Teils seiner Parteifreunde, durch Jureden und Drohungen die Minister dahin zu bringen, daß sie das Geschäft befragen und die Kloster-schärmer der Notwendigkeit einer weiteren Agitation überhöhen. Aus ihrem Auftreten in diesem Einzelkalle erwache den nationalliberalen Kulturkämpfern die geisterliche Verpflichtung, das badische Volk vor der drohenden Reaktion zu bewahren und mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die Männerklöster durch Gesetz ausgeschlossen werden. Die Kulturkämpfer ständen am Scheidewege, was nur selten eine angenehme Lage sei; wer sie scheue, müsse sie eben beigen zu umgehen wissen. —

Ausland.

Vom Kulturkampf in Frankreich.

Nach den Versicherungen der französischen ultramontanen Presse soll sich der Papst offen für den Widerstand des rebellierenden Alerus ausgesprochen haben. Der Vater Le Doré, der Generaloberst der Eudisten, habe aus Rom ein Schreiben des Kardinals Rampolla an den päpstlichen Nuntius in Paris mitgebracht, in dem ihm entsprechende Weisungen des Papstes gegeben worden seien. Piuschen dem Vatikan und dem französischen Episkopate sei ein Einvernehmen über den zu führenden Kampf gegen die Regierung erzielt worden.

Vater Doré, der den Widerstand des Alerus noch nicht energisch genug findet, hat den Standpunkt des Papstes zu dem Konflikt dahin charakterisiert, daß der Papst als Ergebnis des Kampfes die Kländigung des Konkordats betrachte, daß man jedoch bemüht sein müsse, das ganze Odium für diese Kländigung der Regierung aufzubürden. Ob der Papst und der französische Alerus einer Kländigung des Konkordats, zu der ein auf die Spitze getriebener Kampf gegen das Ministerium allerdings führen könnte, so gelassen entgegensteht, möchte aber doch zu bezweifeln sein, würde doch mit der Entsaftung der katholischen Kirche auch deren finanzielle Subventionierung fallen. Die jährlichen 43 Millionen, die jetzt der Staat der Kirche spendet, würde der Alerus trotz seines enormen Vermögens dem doch empfindlich vermissen. —

Eine „sehr hohe politische Persönlichkeit“ will übrigens nach dem „Echo de Paris“ wissen, daß nach der Wiedereröffnung des Parlaments ein Mitglied der Regierungsmehrheit einen Kompromiß-Vorschlag zur Beendigung des Kulturkampfes machen werde. Den nämlich, allen mit Unterricht sich befassenden Kongregationen die Ermächtigung auch ferner zu erteilen, aber nur unter der Bedingung, daß sie keine neuen Mitglieder anwerben, also auf den Aussterbestaat gesetzt würden. Was daran richtig ist und inwieweit die Regierung einem solchen faulen Frieden zuneigen würde, läßt sich einstweilen nicht übersehen. Vorläufig herrscht auf beiden Seiten noch heftige Kampfstimmung, wie die neuesten Meldungen beweisen.

Der Ministerrat beschäftigte sich am Donnerstag mit der Schließung der kongregationalen Schulen im Departement Finisère. Ministerpräsident Combes teilte mit, daß die Oberin der Kongregation der Schwestern ihm angezeigt habe, sie hätte zweimal die Schwestern aufgesordert, auseinanderzugehen, ihre Schritte wären aber ergebnislos gewesen insofern das Widerstandes der Eigentümer der Schulräume und eines Teiles der Bevölkerung. Aus den amtlichen Berichten und aus Privatmitteilungen geht hervor, daß die Widerstandsbewegung, welche man zuerst als eine katholische hingestellt hatte, ganz ungewöhnlich eine royalistische sei. Diese Bewegung habe heftige Unruhen zur Folge gehabt, welche unter das Strafgeich fallen und gerichtliche Verfolgung nach sich ziehen würden. In diesem Sinne seien dem Generalstaatsanwalt Weisungen von seiten des Justizministers zugegangen.

Lesneven, 14. August. Der Präfect hat in St. Mées, Plouandaniel und Folgost das Gesetz vom 7. Juni 1848 über die Zusammenrottungen anfallen lassen.

Chambéry, 14. August. Nachdem die an die kongregationalen Schulen mehrerer Gemeinden gelegten Siegel bereits einmal vernichtet und wieder ersetzt worden waren, hat die Gräfin Costa de Beauregard sie das zweite Mal in Laravoire zerbrochen. Ueber den Vorgang wurde ein Protokoll aufgenommen.

Lesneven, 14. August. Die Kongregationsschulen in Plou-gonvelin und in Ploumouguer sind heute vormittag mit Hilfe einer Compagnie Infanterie geschlossen worden. Die Bevölkerung brachte Hochrufe auf die Schwestern und die Freiheit aus. —

Frankreich.

Der 10 1/2 - Stundentag.

Die Unternehmer benutzen den Ministerwechsel, um das Gesetz Millerand-Collard noch mehr zu durchlöchern. So verlangt die Handelskammer von Troyes Modifikationen des Gesetzes besonders nach der Richtung hin, daß mehr Ausnahmen für Saisongeschäfte und für Betriebe unter freiem Himmel zugelassen werden. Auch die Fabrikanten von Verneuil wenden sich in einer Petition an die Regierung gegen das Gesetz. Wesentlich verlangt dieses Gesetz, daß in Fabriken, wo neben erwachsenen Männern auch Frauen oder jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt sind, die Arbeitszeit nicht länger als 10 1/2 Stunden betragen darf. Ein großer Teil der Arbeiter hat die Petition der Fabrikanten, die nach dem üblichen Muster wie „Schädigung der nationalen Industrie“, Beschränkung der individuellen Freiheit“ und dergl. gegündet ist, mit unterzeichnet. Der Korrespondent der „Revue Republique“ fügt hinzu, ein Teil der Arbeiter habe dies aus Furcht vor Entlassung, ein anderer Teil aber auch aus Unkenntnis getan. Es sei notwendig, daß die französische Arbeiterschaft mehr wie bisher über die zu ihren Gunsten geschaffene soziale Gesetzgebung aufgeklärt würde. — Andererseits lesen wir im „Voix du Peuple“, Organ der französischen Gewerkschaften, daß eine Anzahl Arbeiter-Organisationen ebenfalls in eine Bewegung zum Zwecke der Abänderung des Gesetzes Millerand-Collard eingetreten sind. Diefelden erkennen die guten Absichten und die bereits erzielten Wirkungen des Gesetzes an, verlangen aber eine Ausdehnung auf die gesamte Industrie. —

Italien.

Verboden wurde in Alexandria das socialistische Organ „Die neue Idee“, weil es einen Vergleich zwischen dem Vorgehen der Grundherren und Behörden in Apulien und den Palfates in Galizien angestellt hatte. —

England.

Kindersterblichkeit in England. Die Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hat eine Statistik angenommen über die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre. Diefle Statistik bestätigt aufs neue den unheilvollen Einfluß der Industrie auf die Kindersterblichkeit. Lancashire marschiert mit 180 pro Tausend an der Spitze. Die Grafschaft Rutland nimmt mit 79 pro Tausend das andre Ende der Liste ein. Die andern Grafschaften, welche noch eine Sterblichkeitsrate von unter 100 pro Tausend aufweisen, sind Dorset, Wilt und Oxford, alles ländliche Grafschaften. Dagegen weichen die Grafschaften Yorkshire, Staffordshire, Kotts, Warwick, Durham, Northumberland und London eine Sterblichkeitsrate von über 100 pro Tausend auf. Es sind das alles Industriegebiete, wo ein großer Teil der Mütter in den Fabriken thätig ist. Die Textil- und keramische Industrie marschieren in dieser Beziehung an der Spitze. Jedoch wurden auch eine Reihe ländlicher Distrikte mit hohen Sterblichkeitsziffern festgestellt und dabei gleichzeitig ermittelt, daß dort die Schuld an der Verwahrlosung liegt. Schlechte Wohnungs- und momentliche Wasser-verhältnisse werden als die Ursachen schlechterer Gesundheitsverhältnisse angesehen. —

Ueber das Ergebnis der Londoner Kolonialkonferenz gibt eine von Melbourne gelabelte Rede des australischen Premier-ministers ungewöhnlichen Aufschluß, wenigstens was die wichtigste Frage, die der Reichsverteidigung betrifft. Chamberlains Anträge zur Lösung derselben sind grundsätzlich abgelehnt worden. Der australische Minister erklärte, Dr. Chamberlain und das englische Kriegsministerium wie die englische Admiralität hätten ein System der Centralisation durchzuführen versucht, nach welchem sowohl die Truppen wie die Kriegsflotte der Kolonien unter der Kontrolle

des englischen Kriegsministeriums resp. der dortigen Admiralität zu-
Mitteln gestanden hätten, die Kolonien aber nicht Herren ihrer eigenen
Truppen und Flotte mehr gewesen sein würden, sondern wohl Mann-
schaften, im übrigen aber nur Barquonen zum britischen Marine-
und Seeres-Budget zu zahlen gehabt hätten. Das sei abgelehnt,
und der australische Vorschlag der Decentralisation in der
bisherigen Weise angenommen worden.

Amerika.

Amerikanischer Appetit auf Haiti. Das „Bureau Laffan“
meldet aus Washington vom 14. August: Die Revolution in Haiti
und die Unruhen, die in letzter Zeit auch San Domingo, die andre
Republik auf der Insel, heimsuchten, haben die Frage der
Annexion der Insel Haiti durch die Vereinigten
Staaten neuerdings in den Vordergrund der
öffentlichen Erörterung gerückt, ohne daß jedoch von
der Washingtoner Regierung Schritte in dieser Hinsicht ge-
than würden. In naheliegenden militärischen Kreisen
ist man der Ansicht, daß der nächste Krieg, an welchem die Ver-
einigten Staaten beteiligt sein werden, sich an der Karibischen
See abspielen wird. Der Besitz der Insel Haiti würde in
diesem Falle den Vereinigten Staaten für ihre maritimen Operationen
einen Stützpunkt von unschätzbarem Wert sichern, der infolge seiner
nahen Lage beim Panamakanal noch wertvoller sein würde, als selbst
Portorico oder die Philippinen.

Die Republik würde wahrscheinlich ein ebenso schwer ver-
daulicher Bissen werden, wie die Philippinen. —

Nochmals die Hutzölle.

Der „Korrespondent für die Arbeiter und Ar-
beiterinnen der Hut- und Filzwaren-Industrie“
antwortet auf seine Ausführungen über die „Hutzölle“ in Nr. 175
des „Vorwärts“ (vom 30. Juli) mit einem längeren Artikel, gegen
dessen Schluß er sich sogar zu der Drohung versteigt, daß
wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht für die Hutzoll-
forderungen der Hutmacher eintreten würden, letztere „durch die
Hilfe unserer politischen Gegner“ das zu erreichen suchen
würden, was die eigne Partei verweigert.

Um die Schutzollbedürftigkeit der Haarhut-Industrie darzutun,
kommt der „Korrespondent“ nochmals auf den Rückgang dieser
Industrie in Deutschland zurück, und schreibt diesen in erster Reihe
der 1879er Schwächung der deutschen Zollpolitik und in zweiter der
raschen Entwicklung der Wolllinien-Industrie zu. In Bezug auf die
erste dieser Ursachen heißt es:

„Die Hauptursache des Rückganges der Haarhut-
Industrie liegt zweifellos in der 1879/1880 von Bismarck
inaugurierten Schutzollpolitik. Das Ausland antwortete
Deutschland mit Kampfzöllen und Schutzzöllen zur Kräftigung
der eignen Industrie. Wie schlecht die deutsche Haarhut-Industrie
bei dieser Schutzollpolitik weggekommen ist, das läßt sich am
besten an der Höhe der Zölle in Deutschland und dem Ausland
ermessen. Wir haben in Deutschland auf Haar- und Wolllinien
einen Eingangszoll von 180 M. pro 100 Kilogramm. Die
Wirkung des Zolles ist folgende: Ein leichter teurerer Haarhut,
100 Gramm schwer, im Engrospreise von 8—7 M. kostet 18 Pf.
Zoll oder 2—3 Proz. des Wertes. Ein schwerer billigerer Haarhut
175—200 Gramm schwer im Preise von 2—3 M. kostet 31—30 Pf.
Zoll oder 10—18 Proz. des Wertes. Daß ein so minimaler Haar-
hut-Zoll — mit diesem haben wir es nur zu thun — für Hülfe,
die im Detail für 8—10 Mark das Stück verkauft werden, ohne
Bedeutung ist, das versteht sich von selbst.“

Die Einfuhr von Haarhüten in Deutschland war fast zollfrei.
Gingegen legte das Ausland, namentlich die Länder, nach welchen
die deutsche Haarhut-Industrie exportierte, Eingangszölle in einer
Höhe fest, die eine fernere Einfuhr unmöglich machten. . . .

Ihre (der Haarhut-Industrie) Absatzgebiete im Ausland auf dem
Weltmarkt hat sie verloren und ebenso den größten Teil des
Inlandmarktes infolge der günstigen Einfuhrbedingungen in
Deutschland. Wie eine derart auf den Hund gekommene Industrie
mit England konkurrieren soll, das feinerlei Hülfe auf Roh-
material hat, oder mit Ländern, die sehr billige Arbeitskräfte
haben, das ist ein Preisrätsel des „Vorwärts“. Die deutsche
Haarhut-Industrie ist durch die Schutzollpolitik so ge-
schwächt worden, daß für sie der Freihandel die letzte Delung
bedeuten würde. Hier hilft nur Zollschutz auf längere Zeit.“

Wir sind völlig einverstanden mit dem „Korrespondenten“ —
und haben dies auch in Nr. 175 erklärt —, daß die Haarhut-
Industrie sich in einer unglücklichen Lage befindet, daß das Ver-
hältnis zwischen Ein- und Ausfuhr sich verschlechtert, und drittens,
daß neben dem Ausschlag der Wolllinien-Fabrikation zu dem Rück-
gang der Einfuhr der Bismarckschen Zollpolitik auf den Export beigetragen
hat. Total unrichtig ist es aber nach unserer Meinung, wenn der
„Korrespondent“ aus diesen Thatfachen ohne weiteres folgert, es
müßte deshalb die Hülfe auf Haarhüte um das Vielfache erhöht
werden, und eine solche Erhöhung könne dem betreffenden Industrie-
zweig seine frühere Stellung wieder verschaffen.

Wie der „Korrespondent“ selbst zugibt, hat die Bismarcksche
Schutzollpolitik die Folge gehabt, daß das Ausland mit Kampfzöllen
antwortete und diese den deutschen Export erschwerten. Seltener-
weise schiebt der „Korrespondent“ aber daraus nicht, daß die
Schutzollpolitik zurückgeworfen werden, sondern daß sie verschärft werden
müßte, d. h. daß die Zölle weiter erhöht werden müßten. Allerdings eine all-
gemeine Erhöhung fordert der Korrespondent nicht, nur für eine einzelne
Vranche; aber daß die für die Haarhut-Fabrikation beantragte Ver-
vierfachung des Zolles nur dann Aussicht auf Annahme hat, wenn
andere Industriezweige ebenfalls Konzessionen gemacht werden, ist
selbstverständlich. Und nicht weniger selbstverständlich ist, daß auch
seit, wie 1879/80, die Länder, deren Export sich vom deutschen In-
landmarkt abgeschlossen steht, mit Gegenzolmaßnahmen antworten
werden.

Vielleicht denkt der „Korrespondent“ — nur von diesem Gesicht-
punkt aus ist seine Argumentation konsequent —, die Preissteigerun-
gen werden nicht den Export der Hutindustrie, sondern den irgend
welcher andern Industriezweige treffen, und ob in diesen die
Arbeiter durch die Schutzollpolitik geschädigt würden, ginge die Hut-
macher nicht an, zunächst kämen sie selbst. Von diesem engsten
Interessenpunkt aus haben zwar amerikanische Gewerkschaften
im letzten Jahrzehnt mehrfach zur Hochzollpolitik Stellung ge-
nommen; in Deutschland war bisher diese Sorte von Gewerkschafts-
Egoismus unbekannt. Die sozialdemokratische Arbeiter-
partei, deren Aufgabe die Vertretung der Gesamtinteressen
der Arbeiterschaft ist, kann jedenfalls diesen Weg nicht
beschreiten; sie kann nicht, um den Arbeitern einer Branche
schonende Verschönerung zu sichern, schützöllnerischen Forderungen zu-
stimmen, deren Folge eine Verarmung der Beschäftigten in
andern Branchen sein würde. Wird solche Politik als gerecht
anerkannt, dann können z. B. auch die Arbeiter in Beschäftigungs-
erlangen, daß auf Kosten der großen Masse die sozialdemokratischen
Abgeordneten für die Verarmung der Arbeiter eintreten.

Doch setzen wir hier von der Rückwirkung auf andre Industrie-
zweige ganz ab und betrachten wir die Hutzölle rein für sich. Wel-
chamäßig hat die schützöllnerische Mehrheit der Zolltarif-Kommission
sich für die beantragten Zollhöhdungen auf Haarhüte entschieden;
nehmen wir also an, der Tarif würde Gesetz; was würde die Folge
sein? Die Einfuhr von Haarhüten kam bisher vornehmlich
aus Oesterreich, Großbritannien und Italien; die Einfuhr ging nach
den Niederlanden, den Philippinen und Norwegen. Auch die Wolllinien
wurden bisher hauptsächlich aus Großbritannien, Italien,
Oesterreich und aus der Schweiz eingeführt, doch überstieg die
Einfuhr nach den letzten beiden Ländern die Einfuhr.
Die wahrscheinlichste Folge einer Erhöhung der Zölle auf die aus
diesen Staaten kommenden Haarhüte wird sein, daß die betreffenden
Regierungen die Zölle auf Wolllinien erhöhen, vielleicht würde die
Schweiz auch mit Zollhöhdungen auf Damen-Filzhüte zc. antworten;
aber nehmen wir selbst an, ihre Preissteigerungsmaßnahmen richteten sich gegen
ganz andre deutsche Exportartikel, so bliebe als Resultat der Annahme

des Zolltarifs immerhin noch eine Verteuerung der zur
Futifikation benutzten Rohstoffe, Werkzeuge,
Maschinen zc. Das auf der einen Seite durch Erhöhung der
Einfuhr gewonnen würde, ginge auf der andern Seite mehr oder
weniger der Futindustrie durch Erhöhung der Produktionskosten und
Verringerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt ver-
loren. Und daß die Billigkeit der Roh- und Halbfabrikate nicht
ohne Bedeutung ist, geht auch der „Korrespondent“ zu, denn er
führt die Konkurrenz, die England trotz seiner höheren Löhne dem
deutschen Fabrikat auf dem deutschen Inlandmarkt macht, darauf
zurück, daß dieses „keinerlei Hülfe auf Roh-
material“ hat.

Dazu kommt, daß die beantragte Zollhöhdung die Preis-
differenz zwischen den Haar- und Wolllinien noch mehr er-
weitert. Bislang betrug der Zoll auf Haarhüte ungefähr 20 Pf. per
Stück, der neue Zoll beträgt 70 Pf. resp. 1 M. Die guten Haar-
hüte, die bisher im Detailhandel 8—10 Mark kosteten, würden also
dann noch um etwa eine Mark teurer werden. Nicht aber der
kleine Mann schon heute vor, anstatt des teuren Daarhutes sich
einen billigen Wolllinienhut zu 3, 4 Mark zu kaufen, wird er dann noch
viel weniger sich einen Haarhut leisten.

Schon diese Darlegungen zeigen, wie haltlos die Folgerung ist:
die Haarhut-Industrie geht zurück, die Einfuhr steigt, die Einfuhr
nimmt ab — folglich muß der Zoll verdreifacht werden. Außer dem
Rückgang der Branche kommen die internationalen Produktions-
und Handelsverhältnisse und die Wirkung des Zolles auf
diese in Betracht. Der „Korrespondent“ wirft allerdings dem
„Vorwärts“ wiederholt seine grobe Unkenntnis vor, ohne auch nur
eine einzige Unrichtigkeit nachweisen zu können — allem Anschein
hält er die Redaktion des „Vorwärts“ deshalb nicht für urteils-
berechtigt, weil sie nicht aus Hutmachern besteht.

Zum Schluß möchten wir uns noch gegen die Behauptung
wenden, wir hätten gesagt, der Verfasser des Artikels
in Nr. 28 des „Korrespondent“ „lässe eher ein behäbiger
Hutfabrikant, wie ein Hutmachergehilfe sein“, und mit der „schönen Unterstellung“ gearbeitet, als gebe
der „Korrespondent“ „nur das Sprachrohr der Fabrikanten ab“. Diese
Ausdrücke sind nicht als Erfindungen des Artikelschreibers. Der betr.
Satz lautet wörtlich: „Zugegeben kann werden, daß die Lage der
Haarhutbranche keineswegs günstig ist, aber nicht weil, wie der
„Korrespondent“ der Darstellung des Vereins deutscher Hutfabrikanten
nachspricht, die deutsche Haarhutmacherei seit 20 Jahren vom Auslande
niederkonkurriert wird, sondern größtenteils deshalb, weil der Wolllinien-
hut infolge seiner größeren Billigkeit immer beliebter wird.“
Daß seine Argumentation eine recht bedenkliche Reklame mit der
der Unternehmer, besonders mit der Eingabe des Vereins deutscher
Hutfabrikanten hat, wird der „Korrespondent“ nicht bestreiten können,
zuzugewinnen, hätten wir höchstens, daß es nicht der ganze
Verein der Hutfabrikanten ist, der diese hochschützöllnerischen Wege
wählt, eine Minderheit hat sich für die Beibehaltung des bisherigen
Zolltarifs für Haarhüte und Herabsetzung des Zolles für Wolllinien
auf 20 Pf. pro Stück ausgesprochen. —

Partei-Nachrichten.

Mit der Agitation unter der polnischen Bevölkerung be-
schäftigt sich in die Zeit zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“.
Die Erörterung ist darauf zugespitzt, daß es uns noch so gut wie
vollständig an leichtfälliger Agitationsliteratur in polnischer Sprache
mangelt und daß wir eines gut geführten polnischen Organs un-
bedingt bedürfen. Eine kleine Minderheit der besser situierten Ar-
beiter in Oberschlesien und Posen versteht zwar deutsch, aber die
große Masse der Arbeiter ist polnisch.

Versteht der polnische Arbeiter häufig auch deutsch, so wirkt auf
ihn selbstverständlich die ihm in fremder Sprache mündlich oder
schriftlich gebotene Agitation unvergleichlich schwächer, berührt ihn
viel weniger, als wenn sie ihm in der heimischen Form seiner eignen
Sprache geboten wird. Dies verstand sich auch das Centrum sehr
wohl zu nütze zu machen, indem es z. B. in Oberschlesien eine ganze
polnische populäre Presse in seinem Sinne geschaffen hat. Wollen
wir die ober-schlesischen Wählermassen dem Centrum, die Posener
Wählermassen den „Polen“ streitig machen, dann müssen wir gleich
ihnen mit polnischem Wort und polnischer Schrift in die Massen
dringen.“

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften schon
seit Jahresfrist ein polnisches Gewerkschaftsblatt geschaffen haben,
während die Partei den gleichzeitig gefehlten Beschluß der Schaffung
eines polnischen Parteiblattes noch immer nicht ausgeführt habe.
Die mit der Gruppe der polnischen Sozialisten gemachten unglücklichen
Erfahrungen dürften nicht dazu führen, denjenigen die Partei-
unterstützung zu versagen, die mit der deutschen Sozialdemokratie
auf vollkommenem gemeinsamen Boden stehen.

Als der Erscheinungsort eines solchen für alle polnischen
Gegenden Deutschlands bestimmten Parteiblattes ergiebt sich von
selbst die Stadt Posen, und die dortigen Genossen haben bereits,
um die praktischen Möglichkeiten auszuwägen, aus eignen Kräften
anfangs Juli ein polnisches Partei-Organ, „Gazeta Ludowa“
(Volkszeitung), geschaffen. Das Blatt, das von Anfang an in
polnischer und literarischer Hinsicht die selber von der Partei
unterstützte „Gazeta Robotnicza“ weit hinter sich gelassen
hat und sich auch neben der bürgerlichen Posener Presse
sehr wohl sehen lassen kann, erscheint nun einstuft
unter größten persönlichen Opfern der dortigen Genossen.
Ohne eine regelmäßige Unterstützung seitens der Partei kann sich
das Blatt selbstverständlich in der ersten Zeit nicht halten. Es kam
nur darauf an, die Möglichkeiten der technischen und redaktionellen
Herstellung sowie der Verbreitung zu demonstrieren, und dies ist den
Posener Genossen glänzend gelungen.

Nun ist es an der Partei, dem bereits existierenden polnischen
Parteiblatt dieselbe Unterstützung zu gewähren, die sie im Laufe
von zehn Jahren einer ganz verfehlten und verkehrt geleiteten
polnischen Zeitung gewährt hat, eine Unterstützung, wie sie die
manamahl der Ungehörigkeit und des Formalismus beschuldigte
Generalkommission der Gewerkschaften in freigelegter Weise dem
polnischen Gewerkschaftsblatt gewährt.“

Soweit die „Leipziger Volkszeitung“. An sich ist es ja durchaus
zutreffend, daß wir des polnischen Wortes und der polnischen
Schrift bedürfen, um die Masse der polnischen Arbeiter zu gewinnen
und daß dabei für uns nur eine unabwehrbar sozialdemokratische,
allen spezifischen Nationalismus verwerfende Agitation in Frage
kommen kann; aber das ist doch nur die eine Seite
und der Anfang der Sache. Sind die Sprachschwierigkeiten
überwunden, dann stehen wir den polnischen Anhängern des
Centrums ähnlich gegenüber wie seinen deutschen Anhängern und
nicht anders ist es mit den Anhängern der Polengruppe. Und da
muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch das Centrum
die Mehrzahl seiner Anhänger unter der deutschen Bevölkerung
hat und daß die Zahl der deutschen Centrumswähler selbst dann
noch eine beachtliche Größe ist wie ihre polnischen,
wenn man diesen sämtliche Wähler der Polengruppe
hinzuzählt. Es läuft also die Frage der Agitation unter der
polnischen Bevölkerung auf die Frage der Befähigung des Centrums
hin aus und diese Frage ist wichtiger, wie die verhältnismäßig leicht
zu überwindende Schwierigkeit der Sprachverschiedenheit. Also erst
die Centrumfrage; dann ist die Frage der Gewinnung auch der
kleineren polnischen Anhänger der Partei wohl leicht
zu lösen.

Im sozialdemokratischen Verein für den 2. hamburghischen
Wahlkreis wurde beschlossen, 2600 M. an die Parteikasse ab-
zuliefern. Sodann beschäftigte man sich mit dem Parteitage.
Folgende Anträge wurden angenommen:

„Daß auf dem Parteitag nur die von den Parteigenossen ge-
wählten und mit Mandat versehenen Delegierten stimmberechtigt
sind.“

„Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraktion bei Ver-
ratung der Arbeitervereinsgesetzgebung dafür eintritt, daß alle
Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der

Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 M. pro
Jahr nicht übersteigt.“

Eine längere Debatte entspann sich über die Einrichtung der
Pensionsanstalt für die Partei-Angestellten, da von einem Redner
Einwendungen gegen die bereits beschlossene Leistung von Beiträgen
aus den Mitteln des Parteigeschäfts gemacht wurden. Ein als
Mitglied der Preßkommission begründete in längeren Ausführungen
die Berechtigung und Notwendigkeit dieser Beitragsleistung und ihm
schlossen sich sämtliche übrigen Redner an.

Auf der Kreis-Konferenz des Wahlkreises Bielefeld-Wieden-
brück wurde von einer erfreulichen Zunahme der organisierten Ge-
nossen im Kreise berichtet. Die Einnahmen des Vertrauensmannes
betragen inklusive 1202,81 M. Kassenbestand 2459,51 M., die Aus-
gaben 818,01 M. An die Hauptkasse in Berlin wurde nichts ab-
geführt. Ein Antrag, 300 M. an die Hauptkasse zu zahlen, wurde
abgelehnt mit der Begründung, daß man das Geld zu den Wahlen
brauchen werde. Dagegen wurden der „Volksmacht“ 500 M. über-
wiesen. Infolge eines Streites um die agitatorische Tätigkeit des
Redacteurs, der in zwei Kreisen Reichstags-Kandidat ist, wurde be-
schlossen, daß die Preßkommission nicht berechtigt ist, dem Redacteur für
seine anstößige Tätigkeit Gehaltsabzüge zu machen.

Reichstagskandidaturen. Für den Wahlkreis Anhalt II
wurde der bisherige Vertreter des Kreises, Genosse Albrecht, wieder
als Kandidat proklamiert. Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis
Borussia stellte ihren bisherigen Kandidaten Verthold-Darnstadt
wieder auf. Die öffentliche Parteiverammlung für die beiden
Leipziger Kreise acceptierte für Leipzig-Stadt den Vorschlag des
Kreisvereins, den Genossen Motzler als Kandidaten anzustellen,
und proklamierte für Leipzig-Land wieder die Kandidatur des
Genossen Meyer.

Totenliste der Partei. Im Dienste der Partei verunglückte
in München der Schmiedemeister Georg Mayer. Von der
Sektion München-West als Fahnenführer gewählt, marschierte er am
Sonntag an der Spitze des Festzugs zum Arbeiter-Sommerfeste
nach Holzhausen. Auf dem Rückmarsch stieß er in der Dunkel-
heit mit solcher Wucht gegen einen Baum, mitten im Wege auf-
gestellten Pfost, daß er sich vor Schmerz krümmte und in das nahe
Wohnwärtershäuschen verbracht werden mußte, von wo der Verletzte
von der Rettungs-Gesellschaft nach seiner Wohnung gebracht
wurde. Der herbeigerufene Arzt konstatierte eine komplizierte
Darmquetschung, die, weil der Brand eintrat, eine Operation not-
wendig machte, deren Folgen der Verunglückte nunmehr unter qual-
vollen Leiden erlag. Mayer erreichte ein Alter von 49 Jahren und
hinterläßt eine Familie mit sieben zum Teil noch unmündigen
Kindern. In Mayer verlor die Partei einen überzeugungstreuen
Kämpfer, seine Vereinsorganisation einen kassenbewußten, opfer-
willigen Kollegen.

Ein tragisches Geschehnis hat den Genossen L. Zändler in
Frankfurt ereilt. Von Herzweilung getrieben, hat er seinem Leben
durch Erhängen ein Ende gemacht. In dem alten Zändler verlor die
proletarische Bewegung in Frankfurt einen ihrer Veteranen. Er ist
einer von denen, die an der Seite von R. Schumann, W. Biemann,
Lassalle und einigen andern Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre
die Ideen des Socialismus in Frankfurt angestrichelt haben. Er
blieb dem Banner, welches sich die Proletarier im Jahre 1873 als
das Banner des Socialismus weihen, treu bis zu seinem Ende. Er
gehörte zu denen, die seitens der Arbeiterchaft im vorigen Jahre in den
Schulvorstand gewählt wurden. Mit regem Eifer und warmen Inter-
esse war er dort bis vor kurzem tätig.

Am Mittwochnachmittag wurde Max Regel zur Erde
bestattet. Dem verstorbenen Freiheitskämpfer die letzte Ehre zu er-
weisen, hatten sich die Münchener Parteigenossen, namentlich die
Arbeiterkämpfer in überaus großer Anzahl eingefunden. Auch zahl-
reiche bürgerliche Journalisten und Schriftsteller gaben dem in allen
Kreisen beliebten und angehenden Kollegen das letzte Geleit. Am
Grabe hielt Ed. Schmid eine ergreifende Gedächtnisrede. Kränze
wurden niedergelegt für den Parteivorstand in Berlin, von der Redak-
tion des „Wahren Jakob“, vom Genossen Löwenstein für
Redaktion und Verlag der „Frankfurter Tagespost“, für die Partei-
genossen in Leipzig-Stadt und -Land, für die Genossen des vierten
sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Regel's engere Heimat), Genosse
Levy-Mannheim, von Redaktion und Verlag der „Münchener Post“,
vom Arbeiter-Sängerbund München und Augsburg, sowie
von zahlreichen Münchener Arbeitervereinen. Für den Münchener
Journalisten- und Schriftstellerverein, dessen Vorstandsmitglied Regel
war, legte Redacteur Peuger einen prachtvollen Kranz nieder und
rührte tiefbewegt die Kolossalität Regel's, der sich durch seine
Bescheidenheit und Uneigennützigkeit die Dankbarkeit aller Kollegen
ohne Unterschied der Partei erworben habe. Der Arbeiter-Sänger-
bund, der die erste Feier durch einen Trauerchor eröffnet hatte,
widmete dann noch dem dahingegangenen Volksdichter Preis Lied:
Ein Sohn des Volkes als letzten Gruß.

Von der lettischen Sozialdemokratie. Die lettischen Ge-
nossen haben den bisherigen Herausgeber der lettischen „Social-
demokratischen Bibliothek“ in London zu ihrem ständigen Vertreter
im Auslande bestimmt und bitten, die von ihnen herausgegebene
periodisch erscheinende Zeitschrift, den „Socialdemokrats“, als das
offizielle ausländische Organ der lettischen Sozialdemokratie zu be-
trachten. Die ausländischen socialistischen Organisationen mögen sich
von nun an in Sachen der lettischen Sozialdemokratie an die „Social
demokratische bibliothek“ 25, Wylke Vale, Catford, London S. E.,
England, wenden.

Von der Heilbehandlung der Invaliden - Versicherungs- anstalten.

Bekanntlich haben die Invaliden - Versicherungsanstalten das
Recht, einen Versicherten, der so erkrankt ist, daß als Folge der
Krankheit Invalidität zu besorgen ist, zur Abwendung dieses Nach-
teils in ärztliche Behandlung zu geben. Dasselbe kann geschehen,
wenn begründete Annahme vorhanden ist, daß der Empfänger einer
Invalidenrente bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbs-
fähigkeit wieder erlangen werde. Die Arbeiter legen mit
Recht großen Wert darauf, daß die Invaliden - Versiche-
rungs - Anstalten von der Befugnis zur Durchführung eines
Heilverfahrens in allen geeigneten Fällen Gebrauch machen.
Denn unter allen Umständen ist es besser, daß dem Arbeiter,
wenn irgend möglich seine Erwerbsfähigkeit erhalten bzw. wieder-
gegeben wird, als daß man ihn der Invalidität überläßt und dann
mit einer völlig ungenügenden Rente abfindet. Aus diesen Gründen
ist es wichtig, zu erfahren, in welchem Umfange und mit welchem
Erfolge die Invaliden - Versicherungsanstalten die gesetzlich zulässige
Heilbehandlung thätig durchgeföhrt haben.

Hierüber giebt uns Auskunft die soeben vom Reichs-Versicherungs-
amt veröffentlichte „Statistik der Heilbehandlung bei den Ver-
sicherungsanstalten und zugelassenen Kassenanstalten der In-
validenversicherung für die Jahre 1897—1901“.

Nach dieser Statistik sind in Heilbehandlung genommen worden:
im Jahre 1897 . . . 10 564 Personen
" 1898 . . . 13 768
" 1899 . . . 20 039
" 1900 . . . 27 427
" 1901 . . . 32 710

So viel sieht also fest, daß von Jahr zu Jahr eine größere
Zahl von versicherten Personen in ärztliche Behandlung
gegeben wurde.

Auf der andern Seite erstreckt sich aber auch die Invaliden-
versicherung im Lauf der Zeit auf einen immer größeren Kreis
unserer Bevölkerung, und damit wächst auch die Zahl derjenigen Per-
sonen, für welche die Heilbehandlung eintreten kann. Außerdem
muß berücksichtigt werden, welche Sorgfalt auf die einzelnen Fälle
verwendet wird. Wir lassen daher noch den Kostenaufwand für die
Heilbehandlung folgen, der nach Abzug der Erstattungen seitens der
Krankenkassen, Gemeinden usw. auf je 100 000 M. der Einnahmen
entfällt. Er betrug:

im Jahre 1897	1 023,06 M.
" " 1898	2 139,50 "
" " 1899	2 798,23 "
" " 1900	4 076,83 "
" " 1901	4 937,36 "

Auch hier haben wir von Jahr zu Jahr eine Steigerung, die aber im letzten Jahre erheblich geringer ist als im Vorjahre. Im allgemeinen scheint also der Eifer der Invaliden-Versicherung-Anstalten für die Durchführung der Heilbehandlung sich schon etwas abgekühlt zu haben.

Wenn wir nun das Verhalten der einzelnen Anstalten auf diesem Gebiete näher betrachten, so finden wir ganz erhebliche Unterschiede. Am meisten leistet das Großherzogtum Hessen, das auch im letzten Jahre wieder einen erheblichen Fortschritt aufweist. Dann folgt Baden, das im vorigen Jahre noch die erste Stelle eingenommen hat, in der letzten Zeit aber zurückgefallen ist; dann folgen die Hansestädte, ebenfalls mit einem ganz minimalen Fortschritt im letzten Jahre; dann Württemberg, das sogar gegenüber dem vorigen Jahre einen Rückschritt gemacht hat, und dann erst — Berlin. Der verhältnismäßig hohe Stand der Versicherungs-Anstalt in Berlin ist umso weniger begrifflich, als gerade in diesem Bezirk die Verhältnisse eine recht weitgehende Fürsorge für die Arbeiter nicht nur erfordern, sondern auch ermöglichen. Freilich, die andern preussischen Versicherungsanstalten bleiben selbst hinter der Berliner noch weit zurück, nur die Anstalt in Hannover steht fast auf der gleichen Linie wie die in Berlin, ja im vorigen Jahre war sie sogar der letzteren voraus. Die Anstalt in Posen hatte in den Jahren 1898, 1899 und 1900 den höchsten Kostenaufwand für Heilbehandlung von allen preussischen Anstalten, im letzten Jahre sind aber ihre Leistungen für die Heilbehandlung so zurückgegangen, daß sie jetzt bis an die dritte Stelle heruntergefallen ist. — Auch Württemberg leistet wenig, noch weniger das gelobte Mecklenburg, am wenigsten aber Bayern, das den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen kann, daß es noch in jedem Jahre die Anstalt mit den geringsten Leistungen für die Heilbehandlung gestellt hat. Im Jahre 1898 war dies die Anstalt für Unterfranken und Schaffenburg, und in den drei letzten Jahren ist es die für Niederbayern gewesen. Obgleich die letzte Anstalt ihre diesbezüglichen Leistungen vom Jahre 1899 auf 1900 verdoppelt und vom Jahre 1900 auf 1901 verdreifacht hat, beläuft sich die dafür im letzten Jahre ausgegebene Summe doch noch auf nur 479,06 M. pro 100 000 M. der Einnahmen, gegen 10 680,70 M. bei der Anstalt für die Hansestädte.

Rum genügt aber das, was in den Hansestädten geschieht, bei weitem nicht, wie sehr müssen mithin die Leistungen für die Heilbehandlung in den andern Bezirken hinter dem tatsächlich vorhandenen Bedürfnis zurückbleiben! Diese Beobachtung sollte eine Mahnung für die Arbeiter und namentlich auch für die Arbeitervertreter bei den Versicherungsanstalten sein, alles zu thun, um eine viel größere Leistung ihrer Anstalten auf diesem mächtigen Gebiete zu erzielen.

Hierbei können sie sich mit gutem Gewissen auf die bisherigen Erfolge der Heilbehandlung berufen, die durchaus günstig sind. Denn im letzten Jahre wurde bei Abschluß des Heilverfahrens in circa drei Viertel aller Fälle ein Heilerfolg erzielt, so daß Invalidität in absehbarer Zeit nicht zu besorgen war. Freilich ist dieser gute Erfolg nur zu oft nicht von Dauer gewesen. Der Arbeiter kommt wieder, nachdem er „geheilt“ ist, in seine früheren traurigen Verhältnisse zurück, er muß wieder seine aufgebende Arbeit aufnehmen und Entbehrungen aller Art ertragen. Kein Wunder, daß über kurz oder lang seine Kraft von neuem erschöpft ist. Trotzdem wirkt auch für diese unglücklichen Arbeiter die Heilbehandlung segensreich, zumal wenn sie zur richtigen Zeit wiederholt wird.

Jedes Jahr, das durch eine Heilbehandlung einem Arbeiter gewonnen werden kann, muß ihm auch wirklich gewonnen werden. Dieses einfache Gebot der Gerechtigkeit wird leider noch immer von den Invaliden-Versicherungsanstalten nicht genügend erfüllt. Deshalb müssen die Arbeiter diese Anstalten immer wieder und immer dringender an die Pflicht zur Durchführung der Heilbehandlung in allen geeigneten Fällen erinnern.

Gewerkschaftliches.

6. Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Offenbach a. M., 13. August.

Es wird in die Beratung des Punktes 3a: „Das Ergebnis der Arbeitslosen- und Krankenstatistik“ eingetreten. Vorstandsmittglied **Sack** (Hannover) referiert darüber kurz unter Hinweis auf die gedruckte Vorlage. Bei Aufnahme der Statistik im Januar 1901 gingen nur 58 Proz. der ausgegebenen Fragebogen ein und es beteiligten sich nur 53 Proz. der Mitglieder daran. Jedoch würde das Endergebnis kein andres gewesen sein, als was das vorliegende. Die Statistik ergab, daß auf das Mitglied im allgemeinen 1 Woche 5 Tage und auf das arbeitslose Mitglied 7 Wochen 1 Tag Arbeitslosigkeit entfällt. Eine Verbesserung der Statistik ist auch durch die Ermittlung des Arbeitsverdienstes erfolgt, welche u. a. ergab, daß wir 700 Kollegen hauptsächlich in ländlichen Kreisen haben, die noch unter 10 Mark verdienen. Eine weitere Fortsetzung der Arbeitslosen-Statistik, wie sie ein Antrag Rothenburgs verlangt, wäre nur wünschenswert, falls die Arbeitslosen-Unterstützung abgelehnt würde.

Als Abschnitt b des Punktes 3 kommt die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zur Verhandlung, worüber auch **Sack** referiert. Als Gründe dafür, daß der Vorstand diesmal selbst den Antrag auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung stellt, sei zunächst die große Fluktuation der Mitglieder und dann noch das größere Umsichgreifen des Einnehmens von Unterstützungsstellen, die der Vorstand nicht ganz abweisen könne, angeführt. Daß der Kampfcharakter der Organisation nicht verwischt werde, gehe daraus hervor, daß, seitdem der Fabrikarbeiter-Verband Unterstützungen einführt, die Summen für Streikunterstützungen fortwährend gestiegen seien. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um eine größere Anhänglichkeit an die Organisation zu schaffen, denn bei der Eringung besserer Arbeitsbedingungen müsse man die große Masse schon hinter sich haben und auch beizeiten für genügende Mittel sorgen. Gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges müsse man an den weiteren Ausbau der Organisation denken.

Es folgte eine eingehende Diskussion, an der sich eine große Zahl von Rednern beteiligten, die zum Teil für, zum Teil gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sprachen. Am Schluß der heutigen Sitzung war die Debatte über diesen Punkt noch nicht beendet.

Berlin und Umgegend.

„Wir sind die Herren aus der Gartenstraße.“

In welchen Anschauungen sich die Berliner Rühnemänner bewegen, von was für Auffassungen sie sich in Bezug auf die Arbeiterbewegung leiten lassen, davon hier eine kleine Probe.

Am Montag dieser Woche wurde den Streikenden der „Ries- Werke“ durch den Direktor **Blumenthal** mitgeteilt, daß am Mittwochnachmittag die Vertrauenskommission des Eisenindustriellen-Verbandes auf dem Werke anwesend sein werde, um die Streitigkeiten zu unterreden; es möge ebenfalls eine Kommission der Streikenden dazufeststellen. Da im Streik stehende Arbeiter selbstverständlich immer zu Verhandlungen bereit sind, so wurde auch hier eine Kommission beauftragt, den stattfindenden Verhandlungen mit beizuwohnen. Die Verhandlungen nahmen jedoch einen andern Verlauf, als wie die Rühnemänner erwartet haben mochten. Herr **Rühnemann**, der persönlich anwesend war, leitete die Verhandlungen in der Meinung, daß die Arbeiter nur ihre Wünsche vorzutragen hätten, und die Vertrauenskommission dann darüber entscheidet, ob diese Wünsche berechtigt sind oder nicht.

Die Arbeiter aber dachten anders. Sie verlangten, daß, wenn eine Kommission des Unternehmer-Verbandes zu den Verhandlungen hinzugezogen werde, auch ein Vertreter der Arbeiterorganisation, in diesem Falle des Metallarbeiter-Verbandes, daran teilnehmen solle. Davon wollte Herr Rühnemann aber nichts wissen und erklärte: „So etwas machen wir grundsätzlich nicht. Mit Leuten, die Versammlungen einberufen, 20 Pf. Eintrittsgeld erheben und sich davon mästen, verhandeln wir nicht.“ (!) Darauf erwiderten ihm die Arbeiter, wenn ein Vertreter ihrer Organisation nicht hinzugezogen werden solle, dann könnten sie auch nicht mit Vertretern der Unternehmer-Organisation verhandeln, sondern nur mit ihrem Arbeitgeber, d. h. mit der Direktion der „Ries-Werke“. Die einfache Logik dieser Darlegung konnte Herr Rühnemann augenscheinlich nicht kapieren. Er sah die Arbeiter groß an und sprach dann die geradezu klassischen Worte: „Was meinen Sie! Wir sind die Herren aus der Gartenstraße! Wir sind die Unparteiischen (?) und werden sehen, ob die Firma vielleicht einen Fehler gemacht hat!“

Schlafertig erwiderten ihm jetzt die Arbeiter: Wenn es den Unternehmern um eine Prüfung der Differenzen von wirklich unparteiischen Leuten zu thun sei, weshalb sie dann vor einigen Wochen nicht vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts erschienen wären! — Die Erinnerung an das vertraute Einigungsamt schien Herrn Rühnemann recht peinlich zu sein; er wachte sich nicht anders zu helfen, als daß er verlegen erklärte: ein Erscheinen vor dem Einigungsamt sei ausgeschlossen, weil ein solcher Schritt den Grundsätzen des Unternehmer-Verbandes zuwiderlaufen würde.

Da beide Teile auf ihrem Standpunkte verharrten, so war ein Eintreten in die eigentlichen Verhandlungen gar nicht erst möglich. Ohne die schwebenden Differenzen auch nur gestreift zu haben, ging man auseinander. Hierbei konnte sich Herr Rühnemann nicht enthalten, den Arbeitern noch nachzurufen: Sie möchten sich vorsehen; noch sei dieser Streik nur ein Funke, er löse aber gar zu leicht zu einer großen Flamme werden. Wahrscheinlich spielte der Mann damit auf die von seinem Sekretär zum 15. August angekündigte große Dreher- und Formeraussperrung an. Rum, sollte der Funke wirklich zur Flamme werden, dann weiß auch jeder Metallarbeiter, wer den Blasebalg dabei gezogen hat.

Die Lohnbewegung der Dachdecker ist jetzt so gut wie beendet. In der Versammlung am Mittwoch konnte von der Lohnkommission die Mitteilung gemacht werden, daß auch die Hauptfirma des Berufes **Reumeyer (Roedel)** die Forderungen der Gesellen in den wesentlichsten Teilen anerkannt hat. Demnach verpflichtet sich die Firma, einen Stundenlohn von 85 Pf. zu zahlen, die Streikenden wieder einzustellen und Maßregelungen nicht vorzunehmen. Auch sollen die Hilfsarbeiter, die sich mit den freilebenden Gesellen solidarisch erklärten, wieder beschäftigt werden; jedoch wird die Forderung der letzteren auf 40 Pf. Stundenlohn erst vom 1. Oktober ab bewilligt, während die sofortige Lohnerhöhung bis dahin 2 1/2 Pf. beträgt, also einem Stundenlohn von 37 1/2 Pf. entspricht. Entschieden verweigert wurde von der Firma die geforderte Entlassung der „Arbeitswilligen“. Die Versammlung beschloß nach längerer Debatte, daß die Arbeit bei der Firma **Reumeyer (Roedel)** am Donnerstagmorgen auch ohne die Bewilligung der letzten Forderung wieder aufgenommen werden kann. Damit beschränkt sich der Ausstand der Dachdecker nur noch auf einige kleinere Firmen, die aber höchstwahrscheinlich nach dieser Wendung der Dinge nur wenig Schwierigkeiten machen werden.

Auf der **Stralauer Glasfabrik** wurde den Glasarbeitern am 8. d. M. eine Vohureduktion von 5 Proz. angekündigt, welche vom 22. August an in Kraft treten soll. In einer Versammlung, die am Sonntag stattfand, wurde der Lohnkommission der Auftrag gegeben, weitere Verhandlungen mit der Direktion einzuleiten, um die Reduktion, wenn irgend möglich, rückgängig zu machen.

Deutsches Reich.

Die **Bäcker-Junungen „Germania“** hielten dieser Tage ihren Verbandstag in Köln ab. Natürlich verlief die Zusammenkunft nicht, ohne daß die Bäckermeister Beschlüsse faßten, die sich gegen die Bewegung und die Interessen der Bäcker-Arbeiter richten. Das bekannte Schmerzenskind der „Germania“, der Streikabwehrfonds, dessen zwangsweise Einführung als Einrichtung der Junung bekanntlich von der Behörde als ungesetzlich unterjagt worden ist, wurde dadurch am Leben erhalten, daß jedem Junungsnützigen der Beitritt zu diesem Fonds freisteht, derselbe also keine obligatorische, sondern eine fakultative Einrichtung ist. Damit glaubt man die gesetzlichen Bedenken beseitigt zu haben. Der Fonds, der zur Zeit den Betrag von 182 911,50 Mark aufweist, soll zur Abwehr „unberechtigter Forderungen“ und „trivoler Streiks“ der Gesellen dienen. Unberechtigt und freivol ist nach Ansicht der Bäckermeister natürlich jede Bewegung, die die bekannte elende Lage der Bäcker-Arbeiter verbessern und gewisse „patriarchalische“ Zustände beseitigen will. — Wo Bäckermeister versammelt sind, da wird bekannter Gewohnheit auch gegen den doch gewiß recht unzureichenden Arbeiterzweig im Bäckergewerbe protestiert. So geschah es auch auf diesem Verbandstag. Durch Annahme einer Resolution verpflichteten sich die Bäckermeister, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Milderung resp. Aufhebung der Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1896 einzutreten. — Daß paritätische Arbeitsnachweise nicht nach dem Geschmack der Bäckermeister sind, und unter allen Umständen an den Junungsnachweisen festgehalten werden soll, wurde auch durch einen Beschluß bestätigt. — Schließlich machte der Verbandstag den Fachvereinen der Meisteröhne ein Kompliment. Es wurde beschlossen, die Bildung der Fachvereine der Meisteröhne, die im Interesse des Bäckerhandwerks liegt, in jeder Beziehung zu unterstützen. — Warum auch nicht. Die Meisteröhne werden ja keine „unberechtigten“ und „trivolen Forderungen“ stellen und können deshalb von den Junungsnachweisen, die sonst gewiß keine Freunde von Gesellenorganisationen sind, unterstützt werden. Den letzteren will man ja mit dem Streikabwehr-Fonds begegnen, was jedoch den Fortschritt der Bewegung der Bäcker-Arbeiter nicht hindern wird.

Den Beschluß gegen die **Accordarbeit** seiner Mitglieder hat auch der Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer zu **Leipzig** nach dem Vorbilde in Hamburg aufgehoben. Bisher wurde dort jedes Mitglied, von dem Accordarbeit festgesetzt wurde, auf zwei Jahre aus dem Verband ausgeschlossen. Jetzt hauptsächlich wohl durch die Furcht vor der Arbeitslosigkeit in der Krise, haben sich aber so zahlreiche Mitglieder — sogar in Kolonnen — zur Accordarbeit hergegeben, daß es der Organisation als eine Notwendigkeit erschien, vorläufig den angegebenen Beschluß aufzuheben.

Tariffälscher. Die Leipziger Töpfer hatten am 16. Juli mit der Junung einen auf 2 Jahre geltenden Tarif abgeschlossen. Jetzt haben die Töpfergehilfen die Entbedung gemacht, daß der Junungsmeister, welcher den Vorschlag im Tariffausdruck führt, im Verein mit vier andern Unternehmern einen besonderen Tarif mit einigen Mitgliedern der in Leipzig bestehenden Sonderorganisation der Töpfer abgeschlossen hat. Dieser Tarif, der in manchen Punkten für die Arbeiter ungünstiger ist, wie der Junungstarif, ist so hergestellt, daß er äußerlich dem letzteren vollkommen ähnlich sieht. Der Vorsitzende des Tariffauschusses, der zugleich Kassierer der Junung und Leiter des Arbeitsnachweises der Junung ist, hat den falschen Tarif — wie behauptet wird — anstatt des einten Tarifes abgegeben. Als eine Fälschung kennzeichnet sich das Nachwerk auch dadurch, daß es die Unterschrift eines Junungsmeisters enthält, der behauptet, seine Unterschrift nicht dazu hergegeben zu haben. Die Herstellung und Verbreitung des falschen Tarifes wird vom Obermeister der Leipziger Töpferinnung ebenso verurteilt, wie von den Arbeitern. Die letzteren fassen die geschändete Manipulation als Urkundenfälschung auf und wollen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstatten.

In der **Glacélederfabrik** von **Rippmann u. Co.** in **Sagan** zu befinden sich 14 Lederjuristen im Auslande, weil ihnen die Accordlöhne keinen ausreichenden Verdienst ermöglichen. Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Neuerdings hat die Firma 25 von ihr beschäftigte Handschuhmacher entlassen, weil angeblich für diese infolge des Juristenstreits kein Material vorhanden ist. Die Handschuhmacher behaupten jedoch, sie hätten noch Arbeit für zwei Wochen. Es scheint somit, als wolle der Fabrikant durch Aussperrung der Handschuhmacher einen Druck auf die ausständigen Juristen ausüben.

Ausland.

Der Streik der galizischen Landarbeiter.

Aus **Krakau** wird uns geschrieben: Wie bereits früher gemeldet, wurden vielen Gerichten die Streitprozesse abgenommen und speziellen, eigens dazu delegierten Richtern anvertraut. Das Hauptquartier dieser Ausnahmegerichte befindet sich in **Larnopol**. Von dort gehen täglich viele Berichte nach **Lemberg**. Gegen den Gerichtsrat **Docurkow**, **Jaleszky** ist eine Disziplinar-Untersuchung von Amts wegen eingeleitet worden. Man wies ihm vor, daß er den Streikenden mit Mat und Brot geholfen hat. Das ganze höchst eigentümliche Verfahren wird wohl im Parlament zur Sprache kommen.

Die Streitprozesse haben bereits ihren Anfang genommen. Den 11. August fanden in **Baraz** mehrere Verhandlungen statt, die meistens mit dem Freispruch der Angeklagten endeten. Zuerst traten vor die Gerichtsbänke 10 Bauern aus **Loboweslo** und **Ledwank**, darunter 3 Dorfvorsteher, angeklagt der Uebertretung des Koalitionsgesetzes in fünf Fällen. Der Richter sprach die Angeklagten frei. Es wurden auch freigesprochen die Bauern aus **Sienawa** und **Szplyn**. Die Verteidigung führte der Reichsrats-Abgeordnete **Dr. Kos**. Die Untersuchung gegen die Genossen **Chapezyl** und **Szmigiel**, welche wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt waren, wurde eingestellt.

Diese Freisprüche erregten höheren Orts wahrscheinlich Mißfallen. Die Akten einer Streiksache der Bauern aus **Czernichowice** wurden dem Kreisgericht in **Larnopol** übergeben, trotzdem **Czernichowice** im Gerichtsprengel **Baraz** sich befindet.

Der **Wiener „Arbeiter-Zeitung“** wird aus **Lemberg** geschrieben:

Der große Kampf der Bauern geht seinem Ende entgegen. In wenigen Tagen ist die Ernte vorbei und dann wird in ganz Galizien wieder „Ruhe und Frieden“ herrschen. Die Schlagzeilenpresse sucht jetzt der Welt einzureden, daß die Bauern den Streik verloren haben, indem sie auf die paar tausend Streikbrecher hinweist, die die Großgrundbesitzer aufgebracht haben. Aber bei diesem Streik, an dem gewiß 100 000 Bauern teilgenommen haben, konnte die relativ kleine Zahl von Streikbrechern natürlich gar nicht in das Gewicht fallen.

Wenn man das Gesamtergebnis ins Auge faßt, kann man ruhig sagen: Der Streik endet mit einem riesigen Erfolge der Streikenden. Mit einem moralischen Erfolge; sie haben durch viele Wochen durch ihre musterhafte Disziplin die Bewunderung der ganzen Öffentlichkeit erregt; aber auch mit einem großen materiellen Erfolge, denn in der überwiegenden Anzahl der Gemeinden wurde der Streik mit nicht unbedeutenden Lohn erhöhungen beendet, und selbst dort, wo die Bauern, dem Druck der Schlagzigen und Bezirkshauptleute nachgebend, die Arbeit wieder aufnahmen, wurden ihnen die Löhne erhöht. Die Zahl der Gemeinden, wo der Streik ganz verloren ging, ist verschwindend klein.

Sociales.

In der **amerikanischen Schuhindustrie** hat sich in den 10 Jahren von 1890 zu 1900 eine starke Konzentration vollzogen. Während das angelegte Kapital 1890 erst 95,3 Millionen Dollar betrug und 188 600 Lohnarbeiter in der Industrie beschäftigt wurden, stieg die Zahl der Arbeiter auf 142 022 und das angelegte Kapital auf 101,8 Millionen Dollar; die Zahl der Fabriken und Werkstätten aber sank von 2082 auf 1600, also um fast ein Viertel. Zudem steigerte sich die Masse der erzeugten Schuhwaren um 26 Proz., ihr Geldwert um 18 Proz.; er betrug 1900: 281 Millionen Dollar. Dabei ist aber weder die Lage der Industrie noch die der Arbeiter günstiger geworden; es vollzog sich nämlich eine außerordentliche Steigerung des Preises der Rohmaterialien, nämlich um fast 48 Prozent.

Die Vermehrung der Arbeiterzahl ist ausschließlich auf Vermehrung der beschäftigten Frauen und Kinder zurückzuführen; während die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter (16 Jahre und darüber) von 91 406 auf 91 215 herabging, stieg die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen von 39 849 auf 47 186 und die der Kinder von 2435 auf 4521. Selbstverständlich ist, daß bei dieser Schöpfung die Gesamtsumme der Löhne nicht stieg; sie fiel vielmehr zwar von 60,7 Millionen auf 59,2 Millionen Dollar. Aber auch die Individuallöhne fielen; es sank der Durchschnittslohn der Männer von 513 auf 475 Dollar, der der Frauen von 336 Dollar auf 319 Dollar und nur der Lohn der Kinder stieg von 151 Dollar auf 178 Dollar. Trotzdem ist der Lohn der amerikanischen Schuharbeiter ersichtlich noch erheblich höher wie der der deutschen; muß sich doch mancher erwachsene deutsche Schuharbeiter mit Löhnen begnügen, wie sie hier als Durchschnittslöhne der Kinder angegeben sind: 747 M., den Dollar zu 4,20 M. gerechnet. Auch der Kapitalgewinn ist bei dieser Schöpfung erheblich zurückgegangen; er sank von 26,8 Millionen auf 13,7 Millionen Dollar.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Erwahl **Forchheim** - **Kulmbach**. Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, sind bis jetzt gezählt für **Faber** (natl.) 2781, **Jöllner** (C.) 2727, **Welsch** (Vd. d. Lw.) 1895 und **Deinhardt** (Soc.) 1860 Stimmen.

Vom Kulturkampf.

Paris, 14. August. (W. S.) Ministerpräsident **Combes** hat der Mutterkongregation der Weißen Schwestern in **St. Orieune** bekannt gegeben, daß, falls sie nicht die ihr unterstehenden Schulkonventen zum sofortigen Verlassen der Schulen anhalte, die Kongregation aufgelöst werde.

Paris, 14. August. (W. S.) In **Blondanie** bei **Lesneven** sperrten die Landleute die zu der Schule der Nonnen führenden Wege mit Stachelndraht und legten vor der Thüre des Gebäudes einen tiefen Graben an, den sie mit Wasser füllten.

Frauen-Wahlrecht.

Sidney, 14. August. (W. S.) Beide Kammern von **Neu-Schweden** haben die Vorlage betreffend das Wahlrecht der Frauen angenommen.

Bonn, 14. August. (W. S.) Bei **Nieder-Dollendorf** erkrankte heute mittag ein Vater mit seinem Kinde. Der Mann hatte seine beiden Kinder in einem Kinderwagen auf eine Kröbe gefahren, wo der Wagen umkippte und die beiden Kinder ins Wasser fielen. Der Vater, der sofort nachsprang, verstand in den Wellen; ein Kind wurde von einem Arbeiter gerettet.

London, 14. August. (W. S.) Reuters Bureau erzählt: Die **Kolonialkongresse** hat vereinbart, daß die Kolonien die folgenden Jahresbeiträge für die Marine leisten: **Australien** 200 000 Pfd. Sterl., die **Kapkolonie** 50 000, **Neuseeland** 40 000 und **Natal** 35 000 Pfd. Mit **Canada** werde ein specielles Abkommen getroffen werden.

Washington, 14. August. (W. S.) Eine Depesche des amerikanischen Gesandten in **Caracas** von gestern meldet: Die Lage in **Caracas** ist sehr kritisch. Die **Bländerung** von **Barcelona** dauert fort; viel wertvolles Eigentum wird zerstört. Das amerikanische Kriegsschiff „**Cincinnati**“ ist in **Barcelona** eingetroffen.

Die **Ausschüsse** haben in **Barcelona** alle Mitglieder der **Civil- und Militärbehörden** gefangen gesetzt. 29 Geschäftsbücher, zu meist Ausländern gehörig, und 15 Wohnhäuser wurden geplündert. **Bading** in **Berlin**. **Sierzu** 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Aus Industrie und Handel.

Die Roheisenproduktion Oberschlesiens betrug nach der Statistik des Berg- und Hüttenmännischen Vereins im Juli 59 715 Tonnen gegen 57 045 Tonnen im Vormonat und 56 022 Tonnen im Juli 1901; die Gesamtproduktion von Beginn des Jahres bis Ende August belief sich auf 387 616 Tonnen gegen 379 334 Tonnen im Vorjahr.

Die Zuckerverproduktion Italiens in der Kampagne 1901/02 belief sich nach amtlicher Schätzung auf 754 900 Doppelcentner Zucker zweiter Klasse. Die Erzeugung hat also abermals beträchtlich zugenommen. Die schnell sich in Italien die Zuckerindustrie entwickelt hat, zeigt nachstehende Zusammenstellung. Es produzierten:

Table with 3 columns: Year, Factories, Production (Doppelcentner). Rows include 1890/91, 1891/92, 1892/93, 1893/94, 1894/95, 1895/96, 1896/97, 1897/98, 1898/99, 1899/1900, 1900/01, 1901/02.

Das finanzielle Ergebnis der Kampagne 1901/02 war dagegen, nach dem Bericht des deutschen Konsulats in Mailand, nicht günstig. Von 14 Fabriken werden mehr oder weniger schwere Verluste gemeldet, von 9 Fabriken Dividenden von 3, 4 und 5 Proz.

Die Roheisen-Produktion des europäischen Rußlands stellte sich im Jahre 1901 in den verschiedenen Rayons dem Jahre 1900 gegenüber wie folgt:

Table with 3 columns: Region, 1901 (Tausend Pud), 1900 (Tausend Pud). Rows include Südrußland, Ural, Westgebiet, Moskauer Gebiet, Nordgebiet, Nordwestgebiet, Zusammen.

Hieraus ergibt sich, daß die Roheisen-Produktion im Jahre 1901 im Westgebiet um 1 559 000 Pud und in Südrußland um 264 000 Pud zugenommen hat. Die bedeutendste Abnahme hat mit 3 434 500 Pud der Moskauer Bezirk aufzuweisen, hauptsächlich infolge der Arbeitseinstellung auf den Sudakow-Werken der Gesellschaft der Zulaer Hochöfen. Im Nordgebiet fand eine Produktionsverminderung um 924 000 Pud und im Ural um 345 000 Pud statt. Im ganzen hat sich die Roheisen-Produktion um fast 3 Millionen Pud vermindert.

Das Jahr 1901 erweist sich als das Jahr einer noch nicht dagewesenen Krise in der metallurgischen Industrie Rußlands. Südrußland, das Hauptgebiet sowohl hinsichtlich der Roheisenproduktion als auch der Gewinnung von mineralischem Brennmaterial, hat zum erstenmal die Roheisenproduktion nicht nennenswert gesteigert, der Ural und Zentralrußland haben die Produktion vermindert und nur die Werke im Königreich Polen haben sie erhöht.

Auch die Einfuhr von Eisen und Eisenwaren hat unter der Krise gelitten. In 1899 betrug der russische Gesamtimport an Roheisen und Roheisenfabrikaten 9,90 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm), an Halb- und Fertigfabrikaten sowie an Maschinen 34,57 Millionen Pud, dagegen im letzten Jahre 2,68 beziehungsweise 15,31 Millionen Pud.

Neue Goldfelder. Nach einer Meldung des „Reuterischen Bureaus“ hat das vor einigen Monaten gebildete „Coronation Syndikat“, an welchem viele führende Persönlichkeiten des Rand beteiligt sind, sich Minenrechte über ein Gebiet von 35 englischen Meilen gesichert. Der erworbene Anspruch betrifft die Ausdehnung des Witwaters Rand Main Reef und eine Reihe von Traversen in dem ganzen Gebiet. Es wird behauptet, daß an verschiedenen Punkten Schächte angelegt und das Reef mit der Tiefe stets besser werdend gefunden worden sei. Die Gründer erklären, durch die Entdeckung werde ein Goldfeld erschlossen, das an Größe dem bisherigen Witwaters Rand gleichkomme.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt halten am nächsten Sonntag, den 17. August, im Jägerhaus, Schönhauser-Allee 103, ein Konzert mit Feuerwerk und Kadelpolonoise ab. Der Eintritt kostet nur 10 Pf., die Siodlaterne 5 Pf. Beginn 8 Uhr; die Kaffeelücke ist von 2 Uhr ab geöffnet. Im rege Beteiligung ersucht Das Komitee.

Telow - Bredow - Storlow - Charlottenburg. Für die Sänger, welche bei dem am 17. August stattfindenden Vokal-Fest mitwirken, findet heute Donnerstag in Schöneberg bei E. Obst, Reimingerstraße, Ecke Lutherstraße, die Generalprobe unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Wobbel abends 9 Uhr statt. Das Komitee.

lokales.

„Hof-Konzerte“.

Rein Färstehof ist's, dessen anspruchsvolle musikalische Brunt-Unterhaltungen uns hier interessieren könnten, vielmehr reizt es uns, einige Betrachtungen anzustellen über das Walten der lieblichen Frau Wulfa in dem ordinären Hofe einer modernen Mietskasernen. Es liegt eben ein kleiner Unterschied zwischen den beiden gleichlautenden Wörtchen Hof und Hof, der sich, wie auf so viele Dinge, so auch auf die gebotenen musikalischen Kunstgenüsse erstreckt. Die oft nach Hunderten zählenden Bewohner einer Mietskasernen haben bekanntlich keinen Hof-Intendanten, der mit peinlicher Sorgfalt eine Auswahl unter der Fülle von großartigen Musikwerken treffen könnte, die dann ein künstlerisch geschultes Orchester zu einem gewünschten Zeitpunkt vor ihnen zu Gehör zu bringen hätte. Rein, sie müssen zufrieden sein mit dem, was ihnen der Zufall bietet, und das ist denn auch danach.

Ganz unangemerkt, ungebeten und wie ein Gerichtsvolkzieher stellen sich die „Künstler“ im Hofe ein und geben ihre Konzerte, unbekümmert darum, ob jemand sie hören mag oder nicht. Meistens sind es Solisten, die da auftreten, seltener schon ist ein Duett, vereinzelt nur kommt ein Trio vor. Sie kommen und gehen von Hof zu Hof und binden sich an keine Tageszeit. Jeder Hof hat seine Morgenmusik, seine Tafelmusik, sein Nachmittags- und Abendkonzert; an manchen Tagen weih man nur nicht recht, wo das eine aufhört und das andre anfängt. In bunter Reihenfolge wechseln Programm und Künstler. Das Hauptkonzertinstrument ist der Vielerkasten; man hört und steht ihn in den verschiedensten Konfigurationen und Altersstufen, von der quackernden „Trompetenorgel“ bis zum seufzenden Rud-Pud-Kasten, der vor Altersschwäche stöhnend hin und wieder einige Takte verschluckt und in diesem Stadium gar lebhaft an eine defekte Luftpumpe erinnert. Nicht selten entschließt sich der Orgelman auch zu einer Gesangsleistung, er hat freis die „neuesten Lieder“ auf Lager, und wirklich „führend“ klingt es, wenn er allein oder in Begleitung einer Hilfskraft begeistert anstimmt: „Gaa'n' Se nich den Kleenen Cohn geh'n“.

Doch die Weiermänner sind nicht die einzigen Hof-Konzert-direktoren, es treten noch eine Reihe anderer Künstler auf, z. B.

Geigenspieler, Flötisten, Mund- und Blechharmonikaspieler, sowie Sänger und Sängerinnen. Ihre Darbietungen sind wirklich vielseitig. Das trägt und trägt und grunzt und quiekt, das mitunter schon ziemlich starke Rerven dazu gehören, um solchen Konzerten gegen gleichmäßig der Plag am Müllkasten. Von hier aus misstert er auch präsenden Auges die vielen Fensterreihen und wartet der „Sechser“, die da kommen sollen. Wird seine Kunst nun nicht genügend gewürdigt, das heißt, fallen die Ridel- oder auch Kupferstücke nur spärlich, so zieht er einweilen wohl vertriehlich von daunen, kommt aber an einem andren Tage wieder in der Hoffnung auf bessere Geschäfte. Und er täuscht sich nicht. Die proletarischen Hofbewohner haben meistens ziemlich abgehärtete Rerven; eine mäßige Portion musikalischer Disharmonie bringt sie nicht derartig aus dem seelischen Gleichgewicht, daß sie etwa ihre natürliche Gutmütigkeit dabei einbüßten. Im Gegenteil, sie wissen: Es sind keine „gottbegnadeten“ Künstler, die da vor ihnen stehen; mit viel größerem Rechte könnte man sie eher als „gottverlassen“ bezeichnen. Welche Unsumme menschlichen Glends verlorpert sich doch in diesen Musikanten! Leute mit den schwersten töpferlichen Gebrechen findet man da; Krüppel aller Art, Lahme, Blinde, geborgte Greise, alle verweilte Rätterchen, ja nicht selten Frauen mit ihrem Kinde auf dem Arm. Für solche von der Natur stiefmütterlich behandelten oder durch Unfälle um ihre gesunden Gliedmaßen gebrachten Mitmenschen hat der Hofbewohner immer ein fühlend Herz. Wagt auch der Hauswirt im Interesse seiner besser situierten Mieter das Musikieren auf dem Hofe zu verbieten, mögen auch die „Herrschaften“ der Vorderhäuser die Nase rümpfen und über Belästigungen klagen — der Hinterhäuser läßt die musikalischen Unannehmlichkeiten gutmütig über sich ergehen, er betrachtet die Hofkonzerte gewissermaßen als ein notwendiges Uebel. Die Kinder des Proletariats wissen ihnen sogar eine belustigende Seite abzugewinnen, indem sie sich zusammenfinden und auf rauhem Pflaster nach den Klängen der Drehorgel seelenvergnügt das Langweil schwingen. Sie sind sicher die letzten, die an den Hofkonzerten Anstoß nehmen, deshalb wissen sie auch immer wieder die zaudernde Mutter zu bewegen, dem Künstler einen Unterstützungs-nidel zu opfern.

Eine neue Chikane für Straßenbahn-Abbonenten.

Gegen die Abbonenten der „Großen“ ist von der Direktion dieser Gesellschaft wieder etwas Neues ausgedacht worden. Wer ein Abbonement für eine bestimmte Linie hat, darf andre Linien, die teilweise denselben Weg wie die abbonierte Linie nehmen, jetzt nur noch genau zwischen denjenigen Punkten benutzen, an denen die fraglichen Linien zusammenkommen bezw. auseinandergehen. Das Recht des Abbonenten beginnt bezw. endet demnach nicht an der Haltestelle, die zu der betreffenden Straßenbahn gehört, sondern — an der Weiche.

Bei einem Abbonement z. B., das unter andrem zur Fahrt durch die Leipzigerstraße berechtigt, hat man sich folgendermaßen zu verhalten. Kommt man vom Dönhofsplatz her durch die Leipzigerstraße mit einem Wagen, der später in den südlichen Teil der Charlottenstraße, also nach links, abbiegt, so wird man an der Haltestelle „Charlottenstraße“, das heißt noch in der Leipzigerstraße ca. zehn Schritte vor der Charlottenstraße, absteigen. Will man nun zur Weiterfahrt durch die Leipzigerstraße nach dem Potsdamer-Platz hin einen Wagen benutzen, der aus dem nördlichen Teil der Charlottenstraße, also von rechts, einbiegt, so darf man nicht schon an der Haltestelle „Leipzigerstraße“, das heißt schon in der Charlottenstraße ca. zehn Schritt vor der Ecke der Leipzigerstraße, aufsteigen. Wer das thut, hat ein Visket zu lösen, also für die zehn Schritte besonders zu bezahlen.

Angeklagt sollen hierdurch die Streitigkeiten beseitigt werden, die zwischen den Abbonenten und den Schaffnern über die Rechte der Abbonenten vorzufallen pflegen. Tatsächlich haben sich aber erst seit der strengen Durchführung dieser Bestimmung die Streitigkeiten zwischen Schaffnern und Abbonenten bedeutend gemehrt. Es ist auch gar nicht einzusehen, wie so es eine präzisere Abgrenzung der Rechte der Abbonenten sein soll, wenn als Grenze nicht die Haltestelle, sondern die Weiche genommen wird. Die Sache läuft in ihrer Wirkung lediglich auf eine Chikanierung der Abbonenten und auch der Schaffner hinaus. Es muß geradezu eine Dreifachheit genannt werden, daß die Straßenbahn-Gesellschaft sich eine derartige Belästigung erlaubt. Vor Einführung des 10 Pfennig-Tarifs begannen die Teilstrecken vielfach weit vor den betreffenden Straßenkreuzungen und Plätzen. Wer z. B. mit der Straßenbahn nach dem Platz außerhalb des Brandenburger Thores wollte, der durfte über den Platz hinausfahren, und umgekehrt durfte, wer von hier abfuhr, die Straßenbahn schon vor dem Platz besteigen. Das war damals; heute aber kommt uns die Direktion der „Großen“ mit allerlei einschränkenden Bestimmungen, als befänden wir uns nicht in Berlin, sondern in irgend einem armenigen Krähwinkel.

Die Angelegenheit hat noch eine andre Seite, die sehr ernst ist. Die Abbonenten werden sich in Zukunft vielfach entschließen, die Straßenbahnwagen nicht an den Haltestellen, sondern während der Fahrt zu besteigen. Es ist leicht möglich, daß sich infolge dessen die Straßenbahn-Unfälle mehren. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sollte hier die Aufsichtsbehörde einschreiten und die Straßenbahn-Gesellschaft zwingen, die gegen die Abbonenten gerichtete Bestimmung wieder aufzuheben.

In welchem Umfang das Fernsprechen des Reichs in Anspruch genommen wird, geht aus einer neuen Zusammenstellung des Reichs-Postamts hervor. Danach sind im vergangenen Jahre im Reichs-Telegraphengebiet nicht weniger als 682 687 730 Gespräche durch den Fernsprecher vermittelt worden. Dabei sind die von Bayern und Württemberg aus veranlaßten Gespräche nicht mitgezählt. Täglich wird im Durchschnitt 2 212 017 mal der Fernsprecher bemüht. Auf den Tag und die Stelle kommen 7,6 Gespräche. Zwischen Teilnehmern am Orte wurden 666 1/2 Millionen Gespräche geführt, im Nachbarorts- und Vorortsverkehr einschließlich des Bezirksverkehrs etwas über 73 Millionen, im Fernverkehr 19 1/2 Millionen. Von der Einrichtung, Telegramme durch den Fernsprecher zu sprechen, wird verhältnismäßig noch wenig Gebrauch gemacht. Den Fernsprechkonstalten zur Weiterbeförderung zugesprochen wurden 1 095 498 Telegramme, von den Kontern wurden an Teilnehmer gar nur 889 365 Telegramme zugesprochen. Die fortgeführten Nachrichten der Postverwaltung hoden also bis jetzt noch nicht sehr viel erreicht. Zur Bewältigung der Arbeit der Vermittlung dieser mehr als 1/3 Milliarden Gespräche waren 8189 Beamte erforderlich.

Das königliche Gymnasium, das mit Ablauf des nächsten Monats sein 25. Jahr vollendet, war das letzte unter den vier städtischen Gymnasien, die auf Grund der in den Jahren 1871 und 1872 von den städtischen Behörden gefassten Beschlüsse in den Jahren 1875—77 errichtet wurden. Die Anstalt wurde im Oktober 1877 mit dem Gymnasialklassen Sexta bis Obertertia und den Vorklassikern eröffnet. Am Eröffnungstage hatte sie 221, am Schluß des ersten Halbjahres 229 Schüler, wovon 123 auf die Gymnasialklassen und 106 auf die Vorklassikern kamen. Ausbau und Entwicklung der Anstalt verliefen in regelrechter Weise. Als Ostern 1882 die erste Reifeprüfung abgehalten wurde, hatte die Schülerezahl bereits die 600 überschritten. Die Schülerezahl stieg noch weiter, bis auf 700 im Sommer des Jahres 1887, ging aber dann — ebenso, wie bei den meisten andren höheren Lehr-

anstalten Berlins — wieder herunter und stellte sich am Schluß des Winterhalbjahres 1901/02 auf 544, wovon 379 auf das Gymnasium und 165 auf die Vorschule kamen. Zur Jubelfeier des königlichen Gymnasiums wird von der Schule eine Theateraufführung vorbereitet. Aufgeführt werden Sophokles' Ajax in griechischer Sprache und ein noch auszuwählender Schwan von Hans Sachs. Von den früheren Schülern wird ein Festkommers veranstaltet. Die Jubelfeier wird verbunden sein mit einer Ehrung derjenigen Lehrer, die seit Gründung der Anstalt an ihr tätig waren und ihr noch jetzt angehören. Es sind dies die folgenden Herren: Der jetzige Direktor Prof. Dr. Wellmann, die Oberlehrer Prof. Dr. Kallius, Professor Dr. Jacoby, Prof. Dr. Rehring, der Gesanglehrer Musikdirektor Prof. Gebrüder, der Zeichenlehrer Theodor Müller. Der erste Direktor des königlichen Gymnasiums, Prof. Dr. Ludwig Wellermann, ist gegenwärtig Direktor des Gymnasiums zum grauen Kloster.

Die fünf Erholungsstätten vom Roten Kreuz haben in diesem Sommer seit der Eröffnung im ganzen 35 161 Verpflegungstage gehabt. Anfang August waren durchschnittlich täglich in der Erholungsstätte Jungfernheide (für Männer) 180, Eichlamp (für Männer) 150, in Pantow und Spandauer Berg je für Frauen: 145 bezw. 130. Die Kinder-Erholungsstätte Schönholz wies eine durchschnittliche Tagesfrequenz von 130—140 Kindern auf. Zumeist bleiben die eingewiesenen Kranken jeß bis acht Wochen, doch wird der Aufenthalt im Bedarfsfalle auch länger gestattet. Die Kinder-Erholungsstätte ist wie die andren Erholungsstätten bis zum Oktober geöffnet. Es ist dadurch Gelegenheit gegeben, auch nach Schluß der Schulfreien Kranken Kindern, insbesondere solchen, die wegen ihrer Leiden nicht mit Aussicht auf Erfolg am Schulunterricht teilnehmen können, die Vorteile einer Kur in der Kinder-Erholungsstätte zu gute kommen zu lassen. Die Kinder werden in der Erholungsstätte über Tag verpflegt, ihrem Zustande gemäß unterrichtet und ärztlich behandelt. Auch hat die Armenverwaltung angeordnet, daß Kinder aus der Armenpflege, für welche die Erholungsstättenpflege angebracht ist, auf Kosten der Armenverwaltung eine Kur in der Kinder-Erholungsstätte durchmachen dürfen. Die Zuweisung in die Kinder-Erholungsstätte geschieht auf das Zeugnis des Arztes hin durch die Armenkommission. Die Anmeldungen von Kranken für die Erholungsstätten erfolgen bei dem Bureau, Leipzigerstr. 122, 2 Treppen.

Zur Umwandlung des Grunewalds in einen Volkspark wird bekannt, daß eine der ersten Arbeiten darin bestehen soll, vier von einander getrennt belegene Flächen der Forst in allgemeine Erholungs- und Spielplätze mit den dazu erforderlichen Anlagen und Baulichkeiten einzurichten. Jeder Platz dieser Art soll 200 Morgen umfassen; der eine wird zwischen dem Bagin Körper und der Westend-Chaussee, der andre im Forstrevier Bichelsberge, der dritte bei der Saubuck und der vierte beim Großen Stern angelegt. In diesen Teilen des Forstes werden starke Abholungen vorgenommen. In den übrigen Gebieten des Grunewaldes soll aber der Charakter der Forst erhalten bleiben, nur daß der Wildbestand daraus entfernt wird, weil die Befestigung des zu seinem Schutz jetzt noch erhaltenen Wildgatters vorgezogen ist. Die Hauptverkehrsader des Grunewaldes wird die heutige von Westend nach Bichelsberge fahrende Chaussee werden, die beträchtlich verbreitert wird; von dieser werden neue Kunststraßen in das Innere der Forst, unter Benutzung bisher schon bestehender Wege, abgezweigt werden. Eine davon soll nach Hundeshöhe, eine andre nach dem Kaiserturn führen.

Eine wenig bemerkte Berliner Straßenreinigung. Ein seit 1/2 Jahren aufgetauchter Straßenputz Berlin ist der „Laternenwäscher“. Er ist städtischer Arbeiter. Gleich Khasover muß er unausdrücklich die Straßen der Hauptstadt, mit Wasserfäßeln und Bürste ausgerüstet, durchwandern, um die der Stadt Berlin gehörigen Straßenlaternen von unten bis zur „Rammshöhe“ zu reinigen. Die Kolonne der Berliner „Laternenwäscher“ ist nur 10 Mann stark. Früh morgens schon beginnt ihr Gang unter der Führung eines Aufsehers. Beim nächsten Brunnen wird halt gemacht und der Eimer mit Wasser gefüllt. Hützig wird nun mit der nassen Bürste die Laterne oder der Kandelaber, soweit der Arm des Arbeiters reicht, von Staub und Schmutz befreit. Das Publikum achtet fast gar nicht darauf. Im großstädtischen Verkehr verschwinden gewöhnlich derartige, wie viele meinen, „nebensächliche“ Erscheinungen. Sie sind aber nötige und nützliche Glieder an der langen Kette, welche eine Großstadt in Bezug auf Ordnung und Sauberkeit umschlingen soll. Früher besorgten die Laternenanzünder das Geschäft des Wäschens der Laternen. Um jene zu entlasten, schuf der Berliner Magistrat 1901 die „Laternenwäscher-Compagnie“. In weniger belebten Stadtteilen verrichten sie das Laternenwäschen etwa alle acht Wochen, in den großen Verkehrscentren aber häufiger. Immer jedoch ist die Kolonne in Bewegung, in unaufhörlicher Durchquerung des Berliner Straßenverkehrs.

Zur Mithat in der Jungfernheide wird noch mitgeteilt, daß der Vater des ermordeten Mädchens diesem am Dienstagabend 7 Uhr auf der Straße begegnete und ihm den Rat gab, beim Spielen vorsichtig zu sein und sich nicht von der Straßenbahn überfahren zu lassen. Als das Kind um 10 Uhr noch nicht zu Hause war, machte sich der Vater mit seinen Kindern auf und suchte die ganze Nacht hindurch nach der Vermissten. Die Morbelle ist nur etwa 50 Schritt vom Rordufer entfernt, dieses aber ist zur Zeit der That noch nicht menschenleer gewesen. Daß das Kind sich gewehrt hat, als es sich der Gefahr bewußt wurde und nur der Gewalt gewichen ist, wird durch Kratzwunden im Gesicht und durch eine Wunde unter dem rechten Auge angedeutet. Merkwürdigerweise hat sich bisher niemand gemeldet, der die Kleine nach 7 Uhr abends gesehen hat, obgleich der Weg von der Weisfelstraße bis an den Thotort an der Waaleschen Wohnung vorbeiführt und in nicht weniger Zeit als in etwa 25 Minuten zurückgelegt werden kann. Fast ausgeschlossen erscheint, daß auf der ganzen Strecke niemand dem Mörder und seinem Opfer begegnet sein sollte. Wie jetzt bekannt wird, sind in jener unheimlichen Gegend in der Zeit mehrfach Anfälle von halbwildhischen Durschen auf Arbeiterinnen ausgeführt, die sich auf dem Heimwege befanden. Besonders hervorzuheben ist immer wieder, daß sich Personen erinnern mögen, ob sie das kleine Mädchen mit braunem Haar, mit kleinen silbernen Ringen in den Ohren, in welchem Kleid und mit einer weichen Schürze, schwarzen Strümpfen und braunen Schuhen von 7 Uhr ab auf dem Wege von der Weisfelstraße nach der Fundstelle gesehen haben. Die Kriminalpolizei hat ihre Nachforschungen auch in der Nacht fortgesetzt. Sämtliche Personen, die in einer Konfervenfabrik zu Hofelhorst und in den Fabriken am Spandauer Schiffahrtskanal und am Rordufer arbeiten und ihren Weg durch die genannte Straße nehmen, wurden bereits befragt, aber ohne Erfolg. In den letzten 14 Tagen wurden in jener Gegend mehrere Männer beobachtet, die sich mit Vorliebe an Kinder herannäherten, ohne daß sich aber daraus ein bestimmter Anhalt für den vorliegenden Fall ergeben hat. Der Arbeiter Schmidt, der die Leiche fand, wird dem Staatsanwalt vorgeführt, weil er wegen Stillschließungsverdrehens schon bestraft ist. Die Kriminalpolizei ließ eine Feststellung derjenigen Fahrzeuge vornehmen, die am Dienstagabend vor der Blögenfer Schule vorbeigefahren haben, da möglicherweise die Vernehmung der Schiffsbesatzung Anhaltspunkte zur Ermittlung des Mörders geben kann.

erner wird gemeldet, daß die Leichenschau am Donnerstagnachmittag von 3—6 Uhr in der Halle des Anstalts-Friedhofes zu Blögensee stattgefunden hat. Eine Rechtskommission war zugegen. Die ausführenden Aerzte waren der Gerichtsarzt Dr. Störmer, Medizinalrat Pfleger aus der Anstalt und der Kreisphysikus Dr. Schulz. Ueber das Ergebnis verlautet, daß das Wirgen des Kindes und das Aufreißen des Körpers noch zu Lebzeiten stattgefunden hat. Das Mädchen ist an Erstickung gestorben. Zum Zweck der mikroskopischen Untersuchung

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte, war ungewöhnlich stark besucht. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Gewerkschaften.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

wurden dem Körper verschiedene Teile entnommen. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf einzelne Paare, die in den zusammengeballten Händen gefunden wurden.

Ein schwerer Van-Unfall trug sich Mittwochabend gegen 6 Uhr auf dem Neubau Hochstraße 31 zu. Der 31-jährige Arbeiter Hermann Freiman aus der Richtigstraße 11 stürzte auf dem Hofe vom ersten Stock eines Gefäßes acht Meter tief in den Keller.

Ein dreierlei Einbruchdiebstahl wurde gestern Abend in einem Restaurant in der Jerusalemstr. 8/84 verübt. Während das Lokal mit Gästen gefüllt war, öffnete der Dieb mittels Nachschlüssel die an das Lokal angrenzende Wohnung des Gastwirts.

Zwei schwere Unfälle beim Auf- und Absteigen bei fahrenden Straßenbahnwagen haben sich gestern ereignet. Der 13-jährige Schüler August Braun bei seinen Eltern in der Georgenkirchstr. 62 wohnte, wurde gestern Abend gegen 8 Uhr vor dem Hause Schönhauser-Allee 69 von dem Anhängergewagen eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnzuges hinuntergesprungen.

Durch einen Sturz von der Treppe ist der Jockey John Philipp aus Karlshorst am Mittwochabend in Berlin schwer verunglückt. In sehr heftiger Stimmung wollte er die Treppe zum Opernhaus hinaufsteigen und fiel herunter.

Feuerbericht. Donnerstagvormittag kurz nach 10 Uhr wurde die Wehr nach der Prinzenstr. 95 gerufen. Hier brannten in einem Laden die Widerstände an der elektrischen Leitung.

Pharusbuch von Berlin nennt sich ein neuer Straßenführer durch die Reichshauptstadt und ihre Vororte, der seiner praktischen Anordnung wegen bei Einheimischen und Fremden Beachtung finden wird.

Aus den Nachbarorten.

Die Spandauer Stadtverordneten hatten sich in einer außerordentlichen Sitzung u. a. auch mit dem Ankauf von zusammen 4981 Quadratmeter Gelände zu befassen, welches für die Neuverlegung der Streifstraße zu Spandau dringend gebraucht wird.

Pankow. Die ganz Pankow in Aufregung bringende Vorlage des Gemeindevorstandes, das Gut Mühlenbeck zu Kieselzwecken zu kaufen, gelangte in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zur Annahme.

Müllschiffers und trotz ihrer Resolution erklärten sie sich bis auf sieben für die Vorlage. Die Verhandlungen, welche mit der Annahme der Vorlage endigten, sind dahin zusammen zu fassen, daß das 1350 Morgen große Gut mit allem lebenden und toten Inventar einschließlich der Brennerei zum Preise von 820 000 M. in den Besitz der Gemeinde Pankow übergeht.

Lichtenberg. Ein größeres Schadenfeuer entstand am Mittwoch in der Mittagstunde und unangenehmen Ursachen auf dem Grundstück Nummelsburgerstr. 48. Das obere Geschoss des Seitensflügels brannte vollständig aus; an eine Rettung der Wirtschaftssachen war nicht zu denken.

Gewerkschaften.

Ein Bankprozeß im Kleinen spielte sich am Mittwoch vor der 140. Abteilung des hiesigen Schöffengerichts ab. Angeklagt war der Agent v. Sojedi wegen verleumdender Beleidigung der Direktoren der Mecklenburgischen Lebensversicherungs-Bank zu Schwerin.

Der Generalverwalter der Mecklenburgischen Lebensversicherungs-Bank zu Schwerin. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft erhoben worden, gleichzeitig war die Bank als Nebenklägerin zugelassen worden.

Der Angeklagte hat sich in der Verhandlung sehr schicklich benommen und trotz dem hätte sich die Direktoren Köpfe und Kirchner, wie ihm von einem Schweriner Rechtsanwalt mitgeteilt sei, im vorigen Jahre jeder 50 000 M. unter dem Titel 'Abfindungsrente' auf unbestimmte Art gegenseitig zugespielt.

Der Angeklagte behauptete hierauf, die Bewilligung der fraglichen 'Abfindungsrente' sei nicht, wie fälschlicherweise behauptet, von der Generalversammlung ausgesprochen, sondern durch gegenseitige Vereinbarung der Aufsichtsräte unter der Hand bewerkstelligt worden.

Der Angeklagte hatte das Verlangen, daran teilzunehmen, aber keine Mittel, sich eine so kostbare Maskengarderobe leisten zu können, wie er sie zu haben wünschte. Da kam er auf eine verwegene Idee.

Der Angeklagte brachte er nach der Wohnung seines Freundes, des Waffens D., wo er sich auch am Abend des Maskenballes aufhielt. Nach durchwärmter Nacht zog er sich wieder in der Wohnung seines Freundes um und ließ die Damenkleider dort.

Der Angeklagte entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er auf dem Maskenball angetrunken gewesen sei und in diesem Zustande die Kleider nicht so habe in Acht nehmen können, wie er es gewollt. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß die Sachen einen Wert von über 2000 M. gehabt hätten und nun fast wertlos geworden waren.

Alleerdings ist untern 5. August eine ergänzende Verfügung zu der bekannten vom 9. Juli, die übrigens nicht von der Gewerkschafts-Deputation, sondern generell vom Oberbürgermeister erlassen war, den in Betracht kommenden Verwaltungen zugesandt worden.

Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Stadtverordneten E. Wurm und Fr. Dubeil. Die Ausführungen dieser Redner, die auf den Mangel an sozialem Verständnis in unrer städtischen Verwaltung hinwiesen, das manchesterliche Gebahren derselben einer sehr treffenden Kritik unterzogen und den städtischen Arbeitern ihre Unterstützung zusicherten, wurden von den Verammelten wiederholt durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen unterbrochen.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin. ... Die Protestversammlung der städtischen Arbeiter Berlin.

Esos, der Parteitag möge in Zukunft nur in Mitteldeutschland tagen. Wolff beschwor, der Parteitag möge eine präzisere Stellung zur Kaiserfeier einnehmen. Die Delegierten zur Kreisversammlung mit diesen Aufträgen zu versehen, lehnte die Versammlung nach längerer Debatte ab. Dagegen sollen die Delegierten für Beibehaltung der veröffentlichten Tagesordnung des Parteitages auf der Konferenz eintreten. Einen Antrag zur Kreisversammlung, welcher die Abhaltung eines preussischen Parteitages fordert, lehnte die Versammlung ab. Als Delegierte wurden die Genossen Köhler, Kreil, Piesegang, W. Schulz, Liebermann, Ladevign und Adlerstein gewählt. Für das Kommunalwahl-Komitee berichtet Grauer, daß von 1880 eingeschriebenen Wählern nur 330 abgestimmt haben; alle Stimmen fielen auf die Genossen Pöter und Kleiber. Die Gegner beschränkten sich auf das Einbringen von Protesten. Die Thatsache, daß Mitglieder des Wahlvereins nicht gewählt haben, wurde scharf gerügt und dem Vorstande zur Untersuchung überwiesen. Dem Wahlkomitee wurden noch 100 M. zur Verfügung gestellt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metropolit.
Hilse Krummelsburg. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Vorhang, Güte der Bahnhofsstraße, Mitgliederversammlung.
Die Mitteldeutsche Vereinigung des Deutschen Arbeiter-Verbandes hält über ganz Berlin Agitationsversammlungen ab. Die zweite findet am Freitag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Nikolaisstr. 3, statt. Wir erlauben alle Parteigenossen, die mit Arbeitern und Schülern zusammenkommen, darauf hinzuwirken.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Güte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Wollsch), ist lobend das zweite Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Mutter. Novelle von Georg Freyberg von Dampsta. (Schluß) Himmeldröcker. Gedicht von Nikolaus Venau. — Die Wanderzeit. Von Adolf Braun. — Die Entstehung der Schiffschiffen. Von Wilhelm Bölsche. (Fortsetzung) — Die Abigenen. Freie Dichtungen von Nikolaus Venau. (Fortsetzung) — Aus dem Hamburger Waisenhaus. Erinnerungen eines ehemaligen Beldings. (Fortsetzung) — In Pörgheim. Märchen von Jonas Lie. — Nikolaus Venau. — Drei Tote. — Kunstbeilage: Eisenstein.

Vermischtes.

Die Kälte. In ganz Mitteleuropa herrscht gegenwärtig eine ungewöhnlich niedere Temperatur. Am Dronen wurde, wie unsere Leser wissen, Schneefall beobachtet. Telegramme melden von kalter Witterung in den östreichischen Alpen und vornehmlich in Obersteiermark, wo starker Schneefall eingetreten ist. Das Gleiche wird jetzt auch der Schweiz und Ostfrankreich gemeldet: Zürich, 14. August. Aus allen Teilen der Schweiz werden neuerdings starke Schneefälle gemeldet. In der Nähe von Lugern reicht der Schnee bis an die Täler. Remiremont.

14. August. Die Gipfel der umliegenden Berge sind mit Schnee bedeckt und aus den meisten Ortschaften wird über festes Schneegefälle berichtet.

Schiffzusammenstoß. Zwischen einem Schleppdampfer und dem Dampfer „Saligny“ fand ein Zusammenstoß statt infolge Bruches des Schlepppabels. Der Zusammenstoß, der bei festem Sturm erfolgte, hatte bei beiden Schiffen große Leck zur Folge. Der Kapitän des im Schlepptau befindlichen Dampfers ist ertrunken, die übrigen Mannschaften konnten gerettet werden.

Der Korpsbootarzt „Sucesy“ stieß Mittwochnachmittag im Solent mit einem Kohlenstöße zusammen und erlitt Beschädigungen am Bug.

Ein fürchterlicher Wirbelsturm suchte in der Nacht des vergangenen Sonntag die Mitteldeutsche von New-Jersey heim und richtete beträchtlichen Schaden in Trenton, der Hauptstadt des Staates, und andern Orten an. In Madison wurden von der Gewalt des Orkans auf dem dortigen Friedhofe 77 Särge bloßgelegt. Vierzig Leichen wurden wiedererlangt; die in den übrigen Särgen befindlich gewesenen werden noch vermehrt. Der Orkan war von Regen begleitet, die seine Gewalt stellenweise milderten. Umzeit Trenton wurde eine große Löperei zerrützt; der dadurch verursachte Vermögensschaden wird auf 20 000 Fd. Eterl. veranschlagt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, aber sieben Personen wurden mehr oder minder verletzt.

Marktblatt von Berlin am 13. August 1902

nach Ermittlungen des (gl. Volkspredikand.)

Weizen, gut	14,90	14,60	14,90	14,60	14,90	14,60
„ mittel	14,50	14,30	14,50	14,30	14,50	14,30
„ gering	14,10	13,90	14,10	13,90	14,10	13,90
† Roggen, gut	15,20	15,00	15,20	15,00	15,20	15,00
„ mittel	14,90	14,70	14,90	14,70	14,90	14,70
„ gering	14,50	14,30	14,50	14,30	14,50	14,30
* Gerste, gut	19,00	18,90	19,00	18,90	19,00	18,90
„ mittel	18,80	18,70	18,80	18,70	18,80	18,70
„ gering	18,50	18,40	18,50	18,40	18,50	18,40
Rübspross	5,82	5,80	5,82	5,80	5,82	5,80
„ weißer	6,90	6,80	6,90	6,80	6,90	6,80
„ gelber	4,00	3,90	4,00	3,90	4,00	3,90
„ weißer	60,00	59,00	60,00	59,00	60,00	59,00

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 14. August. Getreide. Am Getreidemerkte war heute inländischer Roggen in etwas größerem Umfange offeriert; die Ware ist allerdings flauer, wurde aber bei der dauernd lebhaften Nachfrage vom Markte schlan aufgenommen. Die Preise gaben infolge dessen per September 1 Mark, für spätere Sichten 1/2 Mark nach, wobei auch die

besseren Wetterprognosen mitwirkten. Ausland, wo Regen einzuwirken sein soll, ist mit keinem Angebote zurückhaltender geworden. Auch Mehl war leicht abgefragt. Weizen behauptete seine Preise, da aus Amerika sehr feste Meldungen vorlagen. Hafer und Raib blieben sehr still, im Preise wenig verändert, nur Raibmehl ist dauernd gesucht. Kaffee war geschäftlos.

Spiritus. Spiritus unverändert, 70er loco 39,30 M. Schlage für Getreide: Weizen 1/2-1/3 M. niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

R. 100. Das Vereinsstatut der hiesigen Standinvaschen Vereinigung ist Statutenreife.

100. R. B. Ein Unfallversicherer, der infolge anderartiger Beschäftigung mehr als andre verdient, bedarf trotzdem derselbe Prämie, so lange als sein Zustand derselbe bleibt. Besser ist aber sein Zustand, so ist es nicht seine Sache, das zu meiden, sondern Sache der Versicherungs-Gesellschaft, die Veränderung des Zustandes nachzumessen. — **R. T. 51.** Sie müssen zahlen. — **Johanna 50.** Wenn nicht die Einigung dahin gegangen ist, auch die vereinbarten Gebühren zu zahlen, so können Sie nicht ausweichen. — **S. R. 1.** Nein, Ihre Einwilligung kann als genügend erachtet werden. Eventuell beantragen Sie Einlegung eines Pflegers. 2. Eine Pflegschaft wird für einen bestimmten Zweck von Geschäften, z. B. zwecks Abschluß eines Pachtvertrages mit dem Vater, zwecks Anstellung eines Pflegers eingesetzt. — **R. M. 10.** 1. Die Gemeinde. 2. Ihre Seite sind weitere Schritte nicht erforderlich. — **J. P. 25.** 1. Sie müßten beim Amtsgericht auf Zahlung klagen. 2. Nein. 3. Es kann wegen Klümmern der Lohn gepfändet werden. — **G. W. 1-3.** Nein. Ein Ehegatte kann nur dann wegen Geisteskrankheit auf Scheidung klagen, wenn des andern Ehegatten Geisteskrankheit während der Ehe mindestens 3 Jahre gedauert und einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben, auch jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist. — **T. S. 13.** Ja; indes gilt ein etwa mündlich vereinbarter Abdingungsvertrag nicht. — **W. Wolff. 1.** Falls Sie nicht die preussische Staatsangehörigkeit erworben haben, bedürfen Sie der Zustimmung Ihrer bayerischen Heimatbehörde. 2. Ja.

Witterungsübersicht vom 14. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. °C
Zwinnende	756	W	4	bedeckt	12	Haparanda	763	ND	0	bedeckt	14
Hamburg	759	SW	3	bedeckt	11	Petersburg	752	W	1	hd. bed.	13
Berlin	759	W	4	bedeckt	11	Köln	762	W	2	heiter	14
Frankf./M.	761	SW	2	wolkig	12	Aberdeen	760	W	1	bedeckt	14
München	765	W	3	Regen	12	Paris	762	SW	1	bedeckt	14
Wien	762	W	2	heiter	14						

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. August 1902.
Zunächst ziemlich heiter, am Tage wärmer bei mäßigen südlichen Winden, später neue Trübung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 15. August.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Die Puppe. (La poupée.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Wiederpielhaus: Offenbach. Cycnus. Dorothea. — Die verwandelte Ente. — Der Regiments-Leutnant. Anfang 8 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leßing. Ueber den Wassern. — Die Medaille. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wespen. Die Brautlötterle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Romant. Oper.) Der Barbier von Sevilla. Anf. 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weich. Das Schloß am Meer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Secession. Silbersteins Gittermochen. Anfang 8 Uhr.
Volksoper am Zoo. (Niederdeutsch.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Vespertina. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubentanz. 48/49. (Am Theater) am 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Passage-Theater. Alice Markert. Darstellerin kom. Volkstypen. Kinematograph: Krönungsbilder. **Schluss der Saison:** Sonntag, den 17. August. Wiedereröffnung 30. August.
Passage-Panoptikum. Die wahrsagende Wunderspinne. Arab. Faklere, Marionetten-Theater.
CASTANS Panoptikum Friedrich-Strasse 165. Das berühmteste Wachfiguren-Kabinett der Welt. Beachtenswerte Neuheit: **Lebende Bilder.** ausgeführt v. einem Ensemble junger, schöner Damen.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater am 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.

Alice Markert. Darstellerin kom. Volkstypen. Kinematograph: Krönungsbilder. **Schluss der Saison:** Sonntag, den 17. August. Wiedereröffnung 30. August.

Passage-Panoptikum.

Die wahrsagende Wunderspinne. Arab. Faklere, Marionetten-Theater.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165. Das berühmteste Wachfiguren-Kabinett der Welt. Beachtenswerte Neuheit: **Lebende Bilder.** ausgeführt v. einem Ensemble junger, schöner Damen.

Metropol-Theater

Norwitz-Oper. Anfang 8 Uhr. Abschieds-Vorstellung Franceschina. Prevost!

Thalia-Theater.

Dresden-Strasse 72-73. Sonnabend, den 16. August 1902. Novität! **Er und seine Schwester.** Woffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Bernh. Buchbinder. Guido Thielscher. Fritz Heimolding. Gerda Waldo. Herbst Paulmüller. August Reiff.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Benefiz für Br. Hedda. **Das Schloss am Meer.** Schauspiel in 5 Akten v. D. Wailher. Morgen: Gefasene Mädchen. Sonntagsnachmittag: Der Damon. Im Garten: Neue Spezialitäten. Anfang 5 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

St. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Heute Freitag, den 15. August: **Abchieds-Benefiz-Vorstellung** für den Verwandtensänger **Carl Braun.** **Neu! Das bunte Theater.** Neu! 36 Personen werden in dieser Nummer von Carl Braun allein dargestellt. Einmaliges Auftreten des Direktors Wilh. Fröbel. Im Saale: **Gr. Bass.** Anfang 5 Uhr. — **Entree 30 Pf.** Morgen Sonnabend: Berlin.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten. Um 8 Uhr: Die grossartigen Spezialitäten. Um 9 Uhr: **Lysistrata** Kasseneröffnung 7 Uhr. **Schweizer Garten** Am Königshor 42022* Am Friedlichshain Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz. Jeden Abend 10 Uhr: **Die Ballettschule.** Große Gesangsprobe mit Tanz v. Arno.

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen. Sonnabend, den 16. August 1902: **I. International. Volksfest** sowie das reichhaltige Spezialitäten-Programm. Kufflig des Wiener-Balland-Polka. Zum Schluss: **Der Brandstifter.** Entree 20. Bond und Besorgungsbillett haben Vorrang.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. **Hermann Imbs.** Täglich: **Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n. Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungenügender Witterung im Saal: **Hofmanns Norddeutsche Sängers und Konzert.** Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Weise: **Tanzfrühchen.** **Tanz frei!** Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf. ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Donnerstag 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58. Was sagen Sie nun? **Berlin wie's baut n. frucht** ist der größte Schlager geworden! Außerdem das große Sensations-Programm. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugsarten haben Vorrang. Kaffeezeit. — Ball. Ab 10: Der prägnanteste Verwandtensänger Carl Braun stellt 36 Personen dar.

6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Am Sonntag, den 17. August er., im Lokal „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103: **Großes Garten-Fest** veranstaltet von den **Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.** Im Saale Tanz. Bei eintretender Dunkelheit: **Abrennung des Feuerwerks**, welches beim Sommerfest (20. Juli) wegen Regenwetter nicht abgebrannt werden konnte. — **Grosse Fackel-Polonaise.** (Stadtkarne 5 Pf.) — **Anfang des Konzerts 3 Uhr.** — **Entree 10 Pf.** Die Kaffeetische ist von 2 Uhr an geöffnet. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 14295 **Das Komitee.**

W. Noacks Theater.

Wronnenstraße 14. **Täglich Vorstellung.** **Das tanzende Berlin.** Woffe mit Gesang und Tanz von Leopold Gie. **Nur keine Männer!** Kurlesie mit Gesang von Gerde. Im Saal: **Tanzkränchen.** **Wintergarten.** **Wieder-Eröffnung:** **Sonnabend, 16. Aug. 1902.** Maud Grisola, Hunde-Dressur. Les Silvas, Portugiesische Leiter-Equilibristen. **Josele de Witt, Amerikanische Sängerin und Geigerin.** Die Vicentinas, Rollschuhläufer. **Rosie, athletische Produktionen.** **Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien.** **Helene Gerard, Hohe Schule vor dem Dogeart.** **Sari Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest.** **Die Kellino-Truppe, Span. Akrobat.** **Claudine Poinre, Pariser Sängerin.** **W. C. Fields, komischer Jongleur.** **Cleo de Herode, Tänzerin von der grossen Oper in Paris a. G. in der Tanzscone „Das verschleierte Bild.“** **„Biograph.“** Der Vorverkauf findet täglich an der Kasse des Wintergarten in der Zeit von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Säng.** Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.** **Tageskarte 11-11 1/2 Uhr.** **Gründl. Plectro.** **Wittgen-Wagen-Wied.** **Reine Schöne Musik.** **Reine, glühender z.**

30 Mark

hochfeine Sommerpakete. **30 Mark** hochlegante Herrenanzüge. **12 Mark** hochlegante Herrenkleider. **Unterhaltung nur nach Maß.** **Guter Stoff, tadelloser Sitz.** (4721) **14 Krausenstraße 14,** 1 Tr., Tel. Amt I Nr. 5708. 1 Tr.

Für die vielen Beweise herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Paul Schmidt** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Tischlermeister Rook sowohl wie seinen Kollegen meinen tiefgefühltesten Dank. 14343 **Ww. Anna Schmidt, Warschauerstr. 28.** Am 13. August, früh 4 Uhr, verstarb nach langen schweren Leiden an einer Lungen-, Nieren- und Drüsen-, der Gicht. **Franz Tischler.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. August, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geist-Kirchhofs, Mariendorfer, Feldstraße, aus statt. **Die trauernden Hinterbliebenen.** **Dankagung.** Für die reichen Kranzspenden sowie rege Teilnahme am Begräbnis meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Siemens u. Halske, meinen verbindlichsten Dank. 12455 **Berlin, den 14. August 1902.** **Emma Willscher geb. Schulte.** **„Unser täglich Brot“** Nach Aufhebung der Beschlagnahme wieder zu haben! Diese vortreffliche politisch-satirische Veranordnungsblätter lauft jetzt 100 Stk. 5.- M., 1000 Stk. 40.- M. **M. Wermann, Dresden,** 47892* **Walburgastr. 5.** **Maschinen, Werkzeuge etc.** (Konkurrenzen-Ausverkauf) für Schlosser, Schmiede, Klempner, Maschinenfabriken **Holzmarktstr. 20.** **Dr. Simmel, Praxenstr. 41.** Spezialarzt für 31/9* **Haut- und Nervenleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4. **Achtung! Vereine. Achtung!** Sollen solche Vereinsmitglieder Sonnabende noch frei. **Neue Käufler. 7.** Die beste Cigarette, 25 Stück in Kisten 1 M., wegen Lung. **Binnböse,** 48812* **Schillingstraße Nr. 35.** **Dr. Schünemann,** Spezialarzt für Haut-, Zahn- und Nervenleiden. **Soydelstr. 9.** 1/2, 12-1/2, 1/2, 1/2, 1/2.

Max Kilems Sommer-Theater.

Hansenstraße 13-15. **Artisticischer Leiter: Gust. Bock.** **Täglich:** **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung** Jeden 1. und 15. d. Monats: **Wechselndes Programm!** **Donnerstag: Elite-Tag.** **Arb.-Radf.-Verein „Berlin.“** **Sonntag, 12. Aug.** **Polkows Thor: Rad Cycling (Particip.)** **Corsofahrt** von Väterliche, Gaussestr. 104. **Abfahrt** von dortselbst 1 1/2 Uhr. **Stärkste Beteiligung erwünscht.** **Donnerstag:** keine Besessung. 12/20 **Prämiiert mit der goldenen Medaille** **Kraft-Rothwein** **fa-Blutarme u. Kranke** **Feurig-Süßep** **Sania Lucia** **Fi. 150** **u. 2M.** **Überall** **zu haben** **In allen Apotheken, Drogen-Handlungen, Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften.** 48270*

Sahne, Milch

In plombierten Flaschen liefert in alle Stadtheile **Meierei und Milchkuranstalt** **Schweizerhof** **Inh. Aug. Zeitner, Berlin NW., Emdenerstr. 40-41** **Preise pro 1 Ltr.:** **Vollmilch 20, Kindermilch 50, 35, Käse 40, Buttermilch 12.** **Feinste Tafelbutter 1,20 bis 1,40.** **Prof. Gaertner's trinkfertige Säuglingsmilch.** **Versand nach ganz Deutschland.**

